

# Armut in Bremen

Bericht 2002



Arbeiterkammer  
Bremen

# Armut in Bremen

Bericht 2002



Arbeitnehmerkammer  
Bremen

## Inhaltsverzeichnis

### → Armut in Bremen

→ Herausgeberin:  
Arbeitnehmerkammer Bremen  
Bürgerstraße 1  
28195 Bremen  
Telefon 0421 · 36 301-0  
Fax 0421 · 36 301-89  
E-Mail: [info@arbeitnehmerkammer.de](mailto:info@arbeitnehmerkammer.de)  
Internet: [www.arbeitnehmerkammer.de](http://www.arbeitnehmerkammer.de)

→ Verfasser:  
Klaus Jakobowski, Arbeitnehmerkammer Bremen  
(Redaktion und »Armut in Bremen – Eine politische Bestandsaufnahme«)  
Paul M. Schröder, Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe  
(Bremer Armut in Zahlen)  
Jörg Teichfischer, Journalist  
(Wie fühlt sich Armut an? – Eine Reportage)

→ Fotos: Ilse Grunewald

→ Gestaltung: jung und pfeffer, Bremen 2002

8 → Armut in Bremen – Eine politische Bestandsaufnahme

32 → Bremer Armut in Zahlen

66 → Wie fühlt sich Armut an? – Eine Reportage





## Armut in Bremen

Geht man in die Bremer Innenstadt, dorthin also, wo es ums Kaufen und Verkaufen geht, da trifft man immer welche, die darauf hoffen, dass einige Brosamen auch für sie abfallen. Sie sitzen an den Straßenrändern oder unter Kaufhausüberdachungen und appellieren an das Mitgefühl derer, die das Geld in die Geschäfte tragen oder an das schlechte Gewissen von Passanten, die sich zwischen Glas, Marmor und Edelfrost bewegen und denen es auf den Euro nicht ankommt. Das ist die Armut, die jeder kennt.

Bewegt man sich im Ostertor oder Steintor und rund um das Bremer Tivoli-Hochhaus, dort wo die Bremer Scene ist, trifft man viele durch Drogen offensichtlich ruinierte Menschen, darunter viele Frauen, die versuchen sich für den jeweils nächsten Schuß zu prostituieren. Man sieht ihnen ihre Not und

ihr Elend an, und weiß, dass Geld kaum eine Lösung darstellt und oftmals eher eine Verschärfung des Problems bedeutet. Auch eine Form von Armut, die jeder schon mal gesehen hat.

Jeder ist irgendwo in der Stadt schon einmal mit dem berühmten Satz »Haste mal 'ne Mark« konfrontiert worden, jeder hat irgendwo in Bremen schon Menschen in Eingängen liegen sehen und das Bild von Leuten, die in Abfallbehältern nach Verwertbarem suchen ist auch jedem geläufig.

Armutspänomene, wie sie in jeder Großstadt anzutreffen sind. Normalität für die einen, Störung für die anderen. In jedem Fall sichtbar für alle. Aber nur die Spitze des Eisbergs, der ansonsten im Verborgenen bleibt und dort auch seine quantitative Masse hat.

## Bremen ist reich

Die Phänomene sind bekannt, aber warum gleich eine ganze Broschüre zum Thema Armut? Diese Stadt ist nicht arm, sieht man mal von dem (selbst-) verschuldeten öffentlichen Haushalt ab. Eher ist das Gegenteil der Fall. Die Bremer Region ist laut OECD eine der reichsten Europas und damit der ganzen Welt. Ist ein Armutsbericht angesichts des hiesigen Reichtums und der dramatischen Armutsentwicklungen in anderen Teilen der Welt nicht geradezu zynisch? Hat es die oben beschriebenen Armutsphänomene nicht schon immer gegeben, sind diese nicht weitgehend selbstverschuldet, selbstgewählt und überflüssig? Zynisch wäre es, den Maßstab zu verlieren. Aber den Ungleichheiten bei uns nachzuspüren, Ursachen und Wirkungen materieller Not in

den individuellen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen, ist nach wie vor und immer wieder notwendig.

Geht es um Armut in einem reichen Land, steht am Anfang immer die Frage, was denn überhaupt Armut ist. Hierzulande muss niemand verhungern, jeder kann ein Dach über dem Kopf haben – wenn er/sie will –, jedem steht der Zugang zum Bildungs- und Gesundheitssystem offen. Jedenfalls grundsätzlich. Angesichts von 40.000 täglich verhungern den Kindern auf diesem Globus, angesichts von Krieg und Elend in vielen Teilen der Welt scheint unsere Armut geradezu eine »Armut de luxe«. Und trotzdem gibt es sie. Mit zum Teil dramatischen Auswirkungen für das jeweilige Individuum und nicht unerheblichen für die Gesellschaft.

## Das Definitionsproblem

Nochmal: Was ist Armut in einem reichen Land? Es gibt viele Definitionsversuche, davon viele unbefriedigende. Es gibt keine allseits anerkannte Statistik, aus der eine Zahl herausgelesen werden kann, die die Armutspopulation nur annähernd exakt erfasst. Je nach Definition kommt man zu anderen Größenordnungen, die von den jeweils anderen in Frage gestellt werden. Für die einen ist der Sozialhilfebezug gleichzusetzen mit Armut, vielleicht auch, weil das statistische Material hier am präzisesten ist. Für die anderen gilt als arm, wer weniger als die Hälfte des gesellschaftlich durchschnittlichen Einkommens zu Verfügung hat. Für Dritte macht sich Armut an der jeweiligen Lebenssituation fest. Und natürlich gibt es auch die, die Armut in unserem Land prinzipiell bestreiten. Der definitorische Unterschied macht Millionen von Menschen aus.

Und trotzdem, um eine Definition kommt man nicht herum. Auch wenn man damit möglicherweise mehr Probleme schafft, als man klärt. Denn nicht jeder der Sozialhilfe bezieht ist arm, fühlt sich arm und lebt arm. Genau so wie jemand der gut verdient arm sein kann, sich auch so fühlen und so leben kann. Armut ist insofern auch und vor allem ein qualitatives Problem, das nur schwer zu beschreiben, zu erfassen und für den politischen Raum handhabbar zu machen ist. In einer Zeit, in der es zunehmend um Vereinfachung und Verkürzung geht, in der gerade mal kleinste Häppchen öffentlich noch verdaut werden, da erreicht eine qualitative Diskussion gerade mal diejenigen Experten, die es meist ohnehin schon zu wissen glauben.

noch geschwächt, indem die betroffenen Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Relevante gesellschaftliche Kräfte, die sich solidarisch an die Seite der Betroffenen stellen sind eher Mangelware. Auch wenn Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften immer wieder ihre Stimme erheben, der Meinungs-Mainstream lässt diese leicht verhallen.

Wohl wissend um all diese Probleme versuchen wir es trotzdem. Wir sind nicht die ersten, denn immer wieder hat es Armutsberichte für Bremen gegeben. Und sicher werden wir auch nicht die letzten sein. Leider hat der Bremer Senat die eigene Armutsberichterstattung eingestellt und erwägt auch

nicht, diese wieder aufzunehmen. »Der Senat beurteilt den Nutzen einer regelmäßigen Armuts- und Reichtumsberichterstattung zurückhaltend.« Der Aufwand ist ihm zu groß. Vielleicht ist es aber auch das Thema, das ihm zu unangenehm ist. Und wenn man nicht dran rührt, dann bleibt die Armut eben dort, wo sie sich auch entwickelt, nämlich weitestgehend im Verborgenen. Was den von Armut betroffenen durchaus entgegenkommt, die kaum ein Interesse daran haben, daß ihre Lage thematisiert wird, was ja auch kein besonders großes Wunder ist. Also den Mantel des Schweigens drüber und alle sind's zufrieden?

## Armut und Vorurteile

Kaum ein Thema im öffentlichen Diskurs ruft soviel Vorurteile hervor und ist so ideologiebeladen wie das Armutsproblem. Immer noch und immer wieder wird Armut mit Faulheit gleichgesetzt, fleißige und arbeitsame Menschen bezahlen den arbeitsunwilligen Sozial-schmarotzern deren angenehmes Leben in der Hängematte. Jeder kennt jemanden oder hat zumindest von jemandem gehört, der lieber zum Sozialamt als zum Arbeitsamt geht. Die Geschichte von dem Sozialhilfeempfänger, der sich seine Stütze im Taxi abholt und sich dann bei seiner Kneipe absetzen läßt, hat jeder schon in irgendeiner Variante gehört. Und natürlich auch die Nummer von dem Sozialhilfeempfänger, der sich vor einer schlecht bezahlten Arbeit drückt, die dann

aber jemand macht, der mit seinen Steuern das bequeme Leben des Arbeitsverweigerers mitbezahlt. Natürlich ist an diesen Geschichten etwas dran, ohne Zweifel gibt es Mißbrauch und immer wieder gibt es spektakuläre Einzelfälle, die jedwedem Vorurteil bestätigen.

Das alles macht es nicht einfacher, eine seriöse Auseinandersetzung mit diesem Thema zu betreiben. Vor allem in einer Zeit, in der die vorhandenen Vorurteile gut genutzt werden können, um mit immer neuen Kürzungen und Verschärfungen zu Lasten der Armutspopulation die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Hier ist der Erfindungsreichtum der Politik ja geradezu grenzenlos. Der Widerstand der Betroffenen ist von Natur aus gering bis nicht vorhanden und wird auch

## Armut muß öffentlich werden

Wir halten es da eher mit der Bundesregierung, die mit der erstmaligen Vorlage eines Armuts- und Reichtumsberichtes im Jahre 2001 diese gesellschaftliche Entwicklung zu einem öffentlichen Thema gemacht und aus den Diskussionszirkeln von Experten herausgeführt hat. So war das Armutsthema in den Schlagzeilen, jedenfalls für ein, zwei Tage. Für mehr hat es nicht gereicht, für eine Verbesserung der Lage der Armutsbevölkerung schon gar nicht. Dabei wäre der Skandal, daß in unserer reichen Gesellschaft nicht nur die Reichen reicher, sondern auch die Armen ärmer werden und sich somit die gesellschaftlichen Pole immer weiter auseinander entwickeln und dabei die Gesellschaft insgesamt Gefahr läuft zu zerreißen, täglich eine Schlagzeile wert. Jedenfalls ist die öffentliche Diskussion dieses Themas ein Fortschritt: Denn nur was als gesellschaftliches Problem zur Kenntnis genommen wird, kann einer entsprechenden Lösung zugeführt werden. Zwar nicht mit Garantie, aber andersherum garantiert nicht.

Die Frage, was Armut definiert ist wichtig, aber wichtiger ist die Frage, wie sich ein Leben unter Armutsbedingungen darstellt, was Armut individuell und gesellschaftlich ausmacht. Zahlen sind und bleiben wichtig, um die Größenordnung des Problems zu erfassen, aber ein armes Leben zu beschreiben, spürbar und nachvollziehbar zu machen, ist für das Verstehen des Phänomens unter Umständen bedeutsamer. Ob nun zwanzig oder dreißigtausend Menschen von Sozialhilfe abhängig sind, interessiert kaum jemanden. Höchstens unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Haushalte und möglicher Einsparpotentiale: Leider. Trotzdem werden wir hier auch mit Zahlen operieren, denn hinter ihnen verbergen sich weitreichende qualitative Entwicklungen.

Wie aber kriegt man das qualitative Phänomen zu fassen? In einem Land der »dritten Welt« mag es ein Kriterium für Armut sein, ob man ein Fernsehgerät besitzt oder nicht. Hierzulande ist das Kriterium aber eher, wieviel Stunden man täglich vor dem Apparat verbringt. In Armutsländern ist die

Unterernährung von Kindern ein Hinweis auf den Stand gesellschaftlicher Entwicklung. Wenn hierzulande die Zahl übergewichtiger Kinder ständig zunimmt und heute fast jeder fünfte Schulanfänger an Übergewicht leidet, ist das eher ein Zeichen für Armut im Reichtum. Beispiele dieser Art gibt es zuhauf. In Expertenkreisen lange bekannt, an Stammtischen belächelt und dazwischen ist

wenig. Aber um das Dazwischen geht es, um einen breiten und seriösen öffentlichen Diskurs, der schwierigerweise über die Betroffenen und nur kaum mit ihnen geführt werden kann, weil diese sich und ihre Not nicht zu Markte tragen wollen.

## Was ist Armut?

Zuallererst: Armut in einem reichen Land ist immer relativ, steht immer im Verhältnis zum jeweiligen Reichtum. Ein Einkommen, mit dem man hierzulande als arm gilt, kann andernorts Reichtum begründen. Oder qualitativ ausgedrückt: Eine Wohnsituation, die hier als menschenunwürdig gilt, mag an einem anderen Ort als Luxus gelten. Am Anfang jeder Armutsdiskussion in unseren Breiten muß ein Blick auf die Verhältnismäßigkeit stehen, um seriös zu bleiben und ernst genommen zu werden. Das nimmt unserer Armutssituation nicht die Dramatik, sondern schärft den Blick.

Nach der Definition des Rates der Europäischen Gemeinschaft von 1984, an der sich auch die Bundesregierung in ihrem Bericht zu den »Lebenslagen in Deutschland« orientiert, gelten Personen, Familien und Gruppen als arm, »die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.« Armut entsteht danach nicht allein durch finanzielle Not, sondern auch durch das Zusammenwirken verschiedenster Faktoren wie gesellschaftliche Vorurteile, Isolation, Verlust von vertrauter Umgebung und vertrauten Bezugspersonen, gesundheitliche und psychische Probleme, Behinderung, mangelnde Zukunftsperspektiven und vielen anderen

mehr. Um sich diesem Armutsbegriff zu nähern, müssen Aussagen über das verfügbare Einkommen, die Wohnsituation, die schulische und berufliche Ausbildung, über soziale Kontakte, Gesundheit und subjektives Wohlbefinden getroffen werden. Es geht also um Teilhabe am gesellschaftlich-durchschnittlichen Leben, es geht um mehr als um Geld, aber um Geld geht es auch. Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat insofern 1991 festgelegt, daß als arm gilt, dessen Einkommen unter 50 Prozent des nach Haushaltsmitgliedern gewichteten durchschnittlichen Haushaltseinkommens liegt. Diese Grenzziehung ist natürlich auch nur willkürlich, und wird von manchen eher bei 40 Prozent gesehen, oder aber auch bei 60 Prozent. In jedem Fall schafft die 50-Prozent-Marke einen hinreichenden europäischen Konsens und ist die Voraussetzung für Vergleichbarkeit.

An dieser europäischen Definition wollen wir uns orientieren, auch wenn wir wissen, daß sie gerade in Deutschland umstritten ist, weil hier mit der Sozialhilfe eine politische Setzung vorgenommen worden ist, die sich mehr oder weniger offiziell als Armutsgrenze festgesetzt hat, die aber eben auch der politischen Willkür derer ausgesetzt ist, die über die Sozialhilfe zu bestimmen haben und dies auch in der Vergangenheit vielfach zu gebrauchen bzw. zu mißbrauchen wußten, zum Beispiel bei der Abschaffung der sog. Warenkorbberechnung zugunsten des aktuell gültigen Statistikmodells im Jahre 1990.

## Wer ist arm?

Armut hat verschiedene Ursachen. Zuallererst aber vermittelt sie sich über die Teilhabe, bzw. Nicht-Teilhabe am Erwerbsleben. Arbeitslosigkeit und insbesondere ihre Dauer sind nach wie vor die entscheidende und allerwichtigste Armutsinzanz. Im engeren Sinne gilt bei mehr als einem Drittel der Sozialhilfeempfänger die Arbeitslosigkeit als Hauptgrund für den Hilfebezug. Der größere Teil bekommt keinerlei Lohnersatzleistungen. Es gibt aber auch eine große Anzahl von Menschen, bei denen die Lohnersatzleistungen den notwendigen Lebensbedarf nicht abdecken und insofern ergänzende Sozialhilfe in Anspruch genommen werden muß. Einerseits ist die Zahl derer, die auf Grund von Arbeitslosigkeit in Armut geraten riesig und verweist auf die Defizite des Arbeitsmarktes, andererseits ist diese Zahl gering und macht die Demagogie derer deutlich, die meinen, mit Zwangsmaßnahmen die

Hilfeempfänger in Arbeit bringen und damit alle Probleme der Sozialhilfe lösen zu können.

Im weiteren Sinne ist die Verfasstheit des Arbeitsmarktes aber für noch viel mehr Sozialhilfeempfänger die Armut vermittelnde Instanz. So für Kranke und Behinderte, die arbeiten können und wollen, aber keine ihrer Situation entsprechenden Tätigkeiten vorfinden. So alleinerziehende Eltern, die keine hinreichende Kinderbetreuung angeboten oder selbst organisiert bekommen, und damit keinen Platz im Erwerbsleben einnehmen können, obwohl sie dies dringend wollen. So auch ältere Menschen, die der Arbeitsmarkt schlicht und einfach ausgesondert hat und denen keinerlei Chance mehr eingeräumt wird. So nicht zuletzt auch ausländische Mitbürger, bzw. aus dem Osten zugewanderte Deutsche, die auf Grund verschiedenster, vor allem sprachlicher Defizite keinen Einstieg in den Arbeitsmarkt schaffen, oder nur am Rande der Gesellschaft mit unzureichendem



## Arbeitslosigkeit und Armut

Die Arbeitslosigkeit in Bremen, die sich seit Jahren mit geringen Schwankungen auf einem hohen Niveau hält und die steigende Anzahl derer, die als Dauerarbeitslose gelten, sind wesentlich verantwortlich für die Verarmungsprozesse in dieser Stadt. Die Abwärtsspirale vom Arbeitslosengeld über die Arbeitslosenhilfe hat immer mehr Menschen in der Sozialhilfe landen lassen, wobei die Kosten entsprechend von der Bundesanstalt für Arbeit, über den Bundeshaushalt in die Haushalte der Kommunen abgewälzt worden sind. Auf diese Weise sind nicht nur Menschen, sondern auch die Kommunen in die Armutsspirale geschleudert worden. Letztere versuchen mittlerweile zu Lasten der Ersteren, aber auch zu Lasten der gesamten Bevölkerung mit allen Mitteln der Kostenlawine Herr zu werden, von der sie ansonsten nahezu erdrückt werden. Wenn

Erwerbseinkommen existieren. Seit Jahren, eher schon seit Jahrzehnten hat der Arbeitsmarkt sich bestimmten gesellschaftlichen Entwicklungen verweigert, genauso wie die Politik notwendige Reformen verschlafen hat, z.B. indem es praktisch kein Kinderbetreuungs-Angebot für unter Dreijährige gibt.

es gut geht, wird den Sozialhilfeempfängern Beschäftigung nachgewiesen, wenn es schlecht läuft – und leider ist das sehr oft der Fall – werden sie ersatzlos aus dem Sozialhilfebezug ausgegrenzt. Auf den ersten Blick in vielen Fällen durchaus nachvollziehbar, auf den zweiten Blick oftmals mit katastrophalen Konsequenzen. Kurzfristig schafft man so eine deutliche Reduzierung der Sozialhilfeempfänger in Tausender-Schritten und der Sozialhilfekosten im zweistelligen Millionenbereich. Aber das eigentliche Problem, daß es an Arbeit mangelt, löst man damit nicht und Armutskarrieren bricht man damit erst recht nicht.

## Kinder als Armutsrisiko

Arm ist, wer längerfristig keine Arbeit hat, noch ärmer ist, wer dazu auch noch Kinder hat. Neben Arbeitslosigkeit sind sie das größte Verarmungsrisiko. Insbesondere gilt das für Alleinerziehende aber auch für kinderreiche Paarbeziehungen, denn es geht nach dem Motto, je mehr Kinder desto ärmer. Die Ein-Eltern-Familie hat sich im Zuge gesellschaftlicher Modernisierung geradezu explosionsartig vermehrt, wobei die öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten für Kinder nicht in gleichem Tempo ausgebaut worden sind. Insbesondere für Kinder unter drei Jahren gibt es in Bremen ein Platzangebot, das zu vernachlässigen und auch in den letzten Jahren nicht wesentlich weiterentwickelt worden ist. Dadurch ist den alleinerziehenden Elternteilen – jedenfalls solange auch keine private Lösung gefunden wird – der Zugang zum Erwerbsleben versperrt. Knapp neunzig Prozent aller Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern sind Frauen und fast alle diese Frauen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Der Anteil alleinerziehender Väter liegt bei außerordentlich geringen zehn Prozent, von denen auch kaum jemand auf Sozialhilfe angewiesen ist. Für Frauen ist dies mit vielen individuellen Gefahren verbunden, zum Beispiel nach

der Kinderphase den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben zu verpassen oder aber unwiederbringliche Qualifikationsverluste in Kauf nehmen zu müssen. Hinzu kommt, daß gesetzlich festgesetzten Unterhaltspflichten durch die Ex-Partner nur sehr unzureichend nachgekommen wird. So ist ein großer Teil der Alleinerziehenden zur Armutspopulation zu rechnen, entsprechend tauchen sie auch in den Sozialhilfestatistiken auf. Sie verbleiben umso länger in der Sozialhilfeabhängigkeit, je mehr Kinder vorhanden sind, d.h. oft sehr lange. In der Regel aber und wenn nur ein Kind vorhanden ist, endet der Sozialhilfebezug mit Eintritt des Kindergartenalters. Die Annahme liegt nahe, daß durch eine Mittelverschiebung und den Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige nicht nur individuellen Nöten begegnet würde, sondern durch eine Verkürzung der Sozialhilfeabhängigkeit auch eine Entlastung der öffentlichen Haushalte bewirkt würde. Aber auch durch ein anderes Umgehen mit Unterhaltspflichten würde so mancher Frau der Gang zum Sozialamt erspart bleiben.

## Armut und Krankheit

Eine weitere große Gruppe armer Menschen, die auch, aber nicht in jedem Fall auf Sozialhilfe angewiesen sind, die nicht mehr, oder nicht mehr im notwendigen Umfang dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, machen körperlich und seelisch kranke Menschen aus, Menschen die auf Grund von Behin-

derungen vom Arbeitsmarkt nicht integriert werden. Diese spezifische Armutspopulation baut in ihrer erwerbsfähigen Lebensphase dann auch nicht genügend Altersversorgungsansprüche auf und verbleibt so oftmals in lebenslangen Armutsverhältnissen. Dieser Entwicklung wird durch Gesetze, wie z.B. dem zur privaten Altersvorsorge Vorschub geleistet, in dem die Sozialhilfeempfänger explizit von der staatlichen Förderung



ausgeschlossen werden. Wäre unser Arbeitsmarkt sozial ausgerichtet, würden die gesetzlichen Auflagen zur Beschäftigung behinderter Menschen von den Unternehmen in der vorgeschriebenen Weise erfüllt und nicht durch Freikauf umgangen, könnten viele aus der Armut heraus, in Arbeit und in die gesellschaftliche Durchschnittlichkeit hineingeführt werden, was einen Riesengewinn für die soziale Qualität dieser Gesellschaft aber auch für die öffentlichen Haushalte bedeuten würde.

## Arm trotz Arbeit

Immer größer wird die Anzahl derer, die Arbeit haben, aber damit nur ein unzureichendes Einkommen erzielen und somit trotz Erwerbstätigkeit auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen sind. Fast zehn Prozent aller Sozialempfänger muß trotz Berufstätigkeit zum Sozialamt gehen, überwiegend Teilzeit-Beschäftigte, aber in zunehmenden Maße auch Beschäftigte in Vollzeit. In den USA, wo dieses Phänomen sich seit vielen Jahren stets ausgeweitet hat, gibt es dafür den Begriff der »working poor«. In Deutschland ist diese Entwicklung relativ neu und kaum öffentlich thematisiert. Dies aber wird zunehmend notwendig, insbesondere angesichts der immer lauter werdenden Debatte um die Ausweitung des Niedriglohnssektors, in dem angeblich noch so viele Arbeitsplatzreserven schlummern.

Rund zwanzig Prozent der Menschen, die in der Sozialhilfestatistik auftauchen, sind durch außergewöhnliche soziale Situationen betroffen, und verbleiben hier oft auch nur kurzfristig. Häufigste Ursachen sind Trennung und Scheidung, der Tod eines Familienmitgliedes oder die Geburt eines Kindes. Suchtabhängigkeit, Überschuldung, Freiheitsentzug

oder Haftentlassung sind auch sehr oft Gründe, aus denen Menschen den Gang zum Sozialamt antreten müssen.

Die zuletzt aufgeführten Armuts-Ursachen sind auch die Gründe, denen mit dem Sozialhilfegesetz von der ursprünglichen Intention her entgegengetreten werden sollte. Alles, was den Problemen des Arbeitsmarktes geschuldet ist und das Massenphänomen der Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen Armutsentwicklung ausgelöst hat, konnte und kann mit dem Sozialhilfe-Instrumentarium nicht bewältigt werden. Dafür muß sich der Arbeitsmarkt viel stärker am Menschen orientieren und eben nicht die umgekehrte Tendenz immer weiter verstärken. Dafür muß aber auch die Politik den gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß viel schneller nachvollziehen und durch Modernisierung der Rahmenbedingungen anstatt durch Rückfall in die Vormoderne mit Zwangsmaßnahmen versuchen, Probleme zu lösen. Das alles schließt die Verantwortung der jeweils Betroffenen nicht aus. Diese Verantwortung muß definiert und eingefordert werden. Allerdings: Wenn Rahmenbedingungen diese Verantwortungsübernahme behindern, müssen die Rahmenbedingungen verändert und nicht die Opfer bestraft werden.

Es gibt viele Wege, die in die Sozialhilfe führen. Manche führen auch schnell wieder heraus. Als Faustregel gilt: je jünger und je gebildeter, umso kürzer ist der Verbleib in der Sozialhilfe und umso geringer ist die Gefahr von Armutskarrieren. Umgekehrt gilt die gleiche Regel.

## Qualifikation bester Schutz vor Armut

Wer nur mangelnde schulische und berufliche Qualifikationen vorweisen kann, hat auf einem Arbeitsmarkt, auf dem verstärkt umfassende Qualifikationen nachgefragt sind, kaum eine Chance seinen Lebensunterhalt durch eigenes Einkommen sicherzustellen. Diese Qualifikationsmängel sind besonders gravierend bei Zuwanderern, weil sie oftmals auch noch mit sprachlichen Defiziten korrespondieren. So ist der Anteil derer unter den Sozialhilfeempfängern, die keinen Schulabschluß, die gerade einen Hauptschulabschluß, oder die keine Berufsausbildung haben mit deutlich über sechzig Prozent besonders hoch, genauso wie umgekehrt der Akademikeranteil besonders gering ist. Die Qualifikation bestimmt aber nicht nur den Anteil an der Sozialhilfepopulation, sie ist auch ausschlaggebend für die Dauer des Sozialhilfebezugs, der um so länger andauert, je unqualifizierter der Einzelne ist.

Ähnliches gilt für das Alter. Mit zunehmenden Alter steigt die Bezugsdauer der erwachsenen Hilfeempfänger kontinuierlich an. Umgekehrt gilt, je jünger, um so kürzer ist die Verweildauer in der Sozialhilfestatistik. Eine besondere Risikogruppe stellen die Fünfzig bis Sechzigjährigen dar, bei denen der Eintritt in die Sozialhilfeabhängigkeit oftmals endgültig ist und nur noch durch den

Beginn des Rentenbezugs beendet werden kann, weil eine Chance auf Wiedereintritt in das Erwerbsleben praktisch gleich null ist.

Fast immer ist die Teilhabe an Erwerbsarbeit das entscheidende Bollwerk gegenüber Verarmungsgefahren. Umgekehrt ist Arbeitslosigkeit in der Regel entscheidend für die Begründung von Armutskarrieren. Dies gilt auch für Überschuldungssituationen. Zwar kommen Verschuldungsprozesse in allen sozialen Gruppen vor, aber der bestimmende Faktor, der diesen Prozeß auslöst ist meistens Arbeitslosigkeit. Erst mit großem Abstand kommt ein geringes Haushaltseinkommen und erst danach individuelle Probleme wie Konsum- und Kreditverhalten bei überschuldeten Menschen. Hinzu kommen dann noch verstärkende Faktoren wie Trennung oder Scheidung, Geburt eines Kindes oder Kinderreichtum, Unfall oder Krankheit. Dabei ist von besonderer Bedeutung, daß die Verschuldung auf der Lebenszeitachse sehr früh beginnt. So tritt jeder fünfte Jugendliche mit einem Schuldenberg ins Erwachsenenleben ein und schiebt diesen oftmals bis zu seinem Lebensende vor sich her. In Bremen geht man geschätzt von rund 20.000 überschuldeten Personen aus, denen oftmals nur noch Entschuldungsprozesse mit dem Ziel der Verbraucherinsolvenz helfen können.

## Kinderarmut

In der Stadt Bremen leben rund 88.000 Kinder und junge Menschen unter 18 Jahren. Die allergrößte Zahl dieser Kinder wächst in intakten Familien und behüteten Verhältnissen auf und wird zudem durch öffentliche Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen in ihrer Entwicklung gefördert. Das ist ohne Frage eine erfreuliche Feststellung. Im gleichen Atemzug muß aber unerfreulicherweise festgestellt werden, daß die Zahl der Kinder, die unter schwierigen bis schwierigsten Bedingungen den Start ins Leben meistern müssen zunehmend größer wird, die Ver-

armungsgefahren für Kinder rapide zunehmen und das Verbleibrisiko in der Armutspopulation dramatisch wächst.

Dies gilt für Kinder, die in zwar vollständigen Familien aufwachsen, die Familien sich aber in prekären Lebensverhältnissen befinden. Vor allem aber gilt dies für Kinder mit nur einem erziehenden Elternteil, wovon es in Bremen über 30.000 gibt. Je mehr Geschwister dann noch hinzukommen, umso schwieriger wird es. Jedes fünfte Kind wächst heutzutage in Ein-Eltern-Familien auf, was zwar im Einzelfall gut für die Kindesentwicklung sein kann, aber oftmals mit Problemen, Defiziten und Verlusten verbun-

den ist. Die Modernisierung der Gesellschaft und ihrer Zusammenlebensformen, insbesondere in den letzten drei Jahrzehnten, hat eine Entwicklung angestoßen, die nicht nur individuelle oder familienbezogene Konsequenzen hat, sondern auch öffentliche Reaktionen notwendig macht. Der weit überwiegende Teil aller Alleinerziehenden ist im untersten Einkommenssegment bzw. in der Sozialhilfe angesiedelt, die Wohneigentumssituation ist unvergleichlich schlecht gegenüber Zwei-Eltern-Familien und auch die Wohnsituation im Hinblick auf die Lage und auf die Quadratmeterzahl pro Kopf ist im Vergleich schwerwiegend schlecht. Das Schlechteste an all-

dem aber ist, daß sich die Situation nicht bessert, nicht mal tendenziell, sondern im Zeitvergleich weiter verschlechtert. Diese Gesellschaft muß reagieren, wenn Kinder zum Armutsrisiko werden und damit die Gefahr angelegt ist, Armutskarrieren zu reproduzieren bzw. ein dauerhaftes Leben im Grenzbereich zwischen Armut und gesellschaftlicher Durchschnittlichkeit zu programmieren.

## 18.000 Bremer Kinder in der Sozialhilfe

In Bremen sind über 18.000 Kinder unter 18 Jahren in der Sozialhilfestatistik registriert, weitere 10.000 Kinder, so wird geschätzt, sind im Grenzbereich anzusiedeln. Eine riesige Zahl, aber auch ein riesiger Skandal, der leider kaum skandalisiert wird. Sicherlich, der größere Teil verlebt meist nur kürzere Phasen unter Armutbedingungen, allerdings wächst der Teil, für den dies eine dauerhafte Lebenslage ist. Unabhängig davon ist es aber unumstritten, dass ein Leben unter Armutbedingungen für die Entwicklungs-, Sozialisations- und Lernprozesse von Kindern ungleich größere Auswirkungen hat, als dies für die ältere Armutspopulation festzustellen ist. »Kinder erleben in dieser Lebenslage

nicht nur ihre Unterversorgung, sondern auch die Ohnmacht der Eltern, die Probleme zu meistern, was auch die Kinder entmutigt und in ihrer Entwicklung schwächt. Es besteht die Gefahr, dass die Beschädigung des Selbstwertgefühls und der eigenen Identität dauerhaft wirkt«, so die Bundesregierung in ihrem Bericht zu den »Lebenslagen in Deutschland«. Nur ist diese Gefahr heute schon oftmals Realität. Diese Kinder wachsen zudem mit eigenen Gewalterfahrungen auf und entwickeln ein diesbezügliches Verhältnis zu Gewalt, sie gehen von eigenen Umgangsformen, eigenen Regeln, eigenen Werten aus. Nicht umsonst werden Kinder aus Familien mit Langzeitarmut und kumulierenden negativen Lebenslagenmerkmalen statistisch häufiger sozial auffällig als andere Kinder.



## Armut als Ausgrenzung

Kinder erleben Armut anders als Erwachsene und ihr Erleben ist prägender. Armut hat Auswirkungen auf kindliche Statussymbole und darüber definierte Kommunikation unter Gleichaltrigen. Sie hat Auswirkungen auf die Teilhabe an kindgemäßen außerschulischen Bildungsangeboten. Der Reitunterricht, die Musikschule, der Jazz-Dance und was es sonst noch an vielfältigsten Angeboten gibt, ist für diese Kinder nicht möglich. Damit verpassen sie aber nicht nur Entwicklungsmöglichkeiten, sie machen auch die Erfahrung der Ausgrenzung, möglicherweise einer lebenslangen Ausgrenzung. In der Forschung sieht man hier den Zusammenhang mit im Erwachsenenleben auftretendem geringem Selbstwertgefühl, Depressivität, Einsamkeit, Misstrauen, Nervosität, Konzentrationsschwäche und resignativem Verhalten. Das muß nicht immer zutreffen, leider aber trifft es nur allzu oft zu.

Ausgrenzung ist ein umfassender, schlechender und alltäglicher Prozeß. Eines kommt zum anderen und führt in der Kumulation zu besonders prekären, kaum umkehrbaren und sozial vererbaren Lebenslagen am Rande der Gesellschaft. Dies im wörtlichen Sinne und auch wohnräumlich verstanden. Es gibt einen feststellbaren Verdrängungsprozess armer Familien in schlechtere Wohnverhältnisse, in ein kinderfeindlicheres und ungesünderes Wohnumfeld, in eine aggressivere und zerstörerische Lebenswelt, in eine gemiedene und diskriminierte Randlage, wo Hilfe- und Förderangebote zwar gemacht werden, aber kaum ankommen, wo Kindergärten sozial entmischt und wo Schulen schlecht ausgestattet sind. Über die späteren Erwerbschancen von Menschen nachzudenken, die unter solchen Bedingungen ihre Voraussetzungen erworben haben ist Spekulation. Doch die Erfahrungen sind beredt.

## Armut macht krank

Ein Leben unter Armutsbedingungen ist für Kinder auch unter gesundheitlichen Bedingungen ein besonders hartes. Der »Gesundheitsbericht für Deutschland« stellt denn auch fest, dass benachteiligte Kinder häufiger ungesund ernährt, häufiger übergewichtig und körperlich weniger aktiv sind, was weitere gesundheitliche Folgen nach sich zieht. Sie kommen eher mit Tabak und Alkohol in Berührung, sowohl passiv als auch aktiv. Krankheiten werden bei ihnen später oder gar nicht erkannt bzw. später oder gar nicht therapiert. So manches Kind hat seinen ersten Kontakt mit einem Zahnarzt erst vermittelt über den Kindergarten oder die Schule, entsprechend sieht es im Mund aus.

Auch zwischen Vernachlässigung und Mißhandlung von Kindern und Jugendlichen einerseits und der sozialen Lage der Familien andererseits besteht eine enge Beziehung. Der elfte Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung, der im Jahr 2002 vorgelegt wurde stellt denn auch fest: »Bei der Kindesvernachlässigung steht die ökonomische Lage der Familien in der Regel im Vordergrund. Vernachlässigte Kinder stammen überwiegend – nach Schätzungen bis zu 90 % – aus Familien, die arm sind, am Rande der Gesellschaft leben und unter vielfältigen sozialen Belastungen stehen.« Genau in diesen Familien findet auch der weit überwiegende Teil der festgestellten Kindesmißhandlungen statt. Unübersehbar was Armut an tiefgehenden, weitreichenden und kaum umkehr-

baren Folgen hat, für die Gesellschaft insgesamt und natürlich in aller erster Linie für das jeweilige Kind. Meist irreparable.

Es gibt Untersuchungen über das Verhältnis von sozialem Status der Eltern und Fernsehkonsum der Kinder, über die Anzahl der Spielzeuge im Kinderzimmer, über die Bedeutung von »Markenklamotten« in unterschiedlichen sozialen Gruppen. Die Ergebnisse liegen allesamt auf der Hand, die Konsequenzen leider auch.

## Armut vererbt sich

Diese Gesamtentwicklung, die sich über einen langen Zeitraum hergestellt hat, löst sich nicht von alleine wieder auf, mittlerweile geht sie so tief, daß bei vielen Armuts-Eltern auch ein Job die Krise nicht löst, sondern zusätzliche Maßnahmen erforderlich sind, die versuchen, die Lebenslage insgesamt zu beeinflussen. Langzeitarbeitslosigkeit und erst recht Langzeitarmut haben eben auch Langzeitwirkung, die auch nur langfristig zurückzudrehen ist. Dieses zu erreichen erfordert einen Multi-Mix an Maßnahmen, die unter dem Strich teurer kommen, als wenn diese Mittel zur Prävention eingesetzt würden. Diese Erfahrung ist alt, und doch muß man sie immer neu formulieren.

In aller erster Linie kommt es darauf an, Prävention gegenüber allen Möglichkeiten der Armutsreproduktion zu betreiben. Das bedeutet natürlich, wie auch in anderen Zusammenhängen, adäquate Beschäftigung für die Eltern anzubieten und so materielle

Voraussetzungen gegen Armutsprozesse zu stärken. Bei den Kindern angesetzt bedeutet dies aber ein umfassenderes Denken, was einen Bruch mit der grassierenden Ökonomisierung allen Handelns voraussetzt. Zum Beispiel ist öffentliche Kinderbetreuung nicht nur aus Gründen der Eltern-Berufstätigkeit vonnöten, sondern auch aus Gründen der Kindesentwicklung. Dieses Beispiel steht für den notwendigen Denkansatz.

## Die Bedeutung der Kindergärten

Es beginnt im Elementarbereich. In Bremen lebten am 1.1.2001 14.181 Kinder unter drei Jahren. Demgegenüber gab es nur 1.095 Kinderbetreuungsplätze, was einem Versorgungsgrad von gerade mal 7,7 Prozent entspricht. Wir wissen nicht, wie viele Krippenplätze nachgefragt werden, denn gerade in dieser Altersgruppe gibt es viele Eltern, die die Kinderbetreuung im Familienverbund belassen wollen. Wir wissen aber, daß die Nachfrage nach Kinderbetreuungsplätzen sehr viel größer ist, als das vorhandene Angebot. Viele Eltern sind gezwungen auf Erwerbstätigkeit zu verzichten, was bei Alleinerziehenden oftmals geradewegs in eine prekäre Lebenslage führt. Das vorhandene Angebot ist meist privat organisiert, wenn auch öffentlich gefördert und es wird in viel zu geringem Umfang öffentlich angeboten. Der zeitliche Umfang des täglichen Angebots ist oftmals so gering bemessen, daß keine Berufstätigkeit möglich ist. Die Zugangsmöglichkeiten zu den Angeboten sind für sozial Schwächere oft verbaut, aus materiellen als auch aus sozialen Gründen.

In den Kindergärten, in denen die Kinderbetreuung ab dem dritten Lebensjahr sichergestellt wird, sieht die Situation gänzlich anders aus, sicherlich befriedigender und trotzdem defizitär. Mit dem gesetzlich verbrieften Anspruch auf einen Kindergartenplatz hat sich der Versorgungsgrad zwar deutlich erhöht, gleichwohl ist die Nachfrage immer noch höher als das Angebot. Das schwerwiegendste Problem aber ist, daß sich das Ganztagsangebot inklusive Mittagessen in einem äußerst schlechten Verhältnis zu den Notwendigkeiten verhält. Viele Eltern sind gezwungen, ihre Berufstätigkeit auf eine halbe Stelle zu begrenzen. Oftmals reicht es aber nicht mal dafür, sondern höchstens für einen 325-Euro-Job. Das ist zwar mehr als gar nichts, aber eben auch nicht viel mehr.

mans tut, muß man dafür auch bezahlen, ohne Einfluß auf die Qualität der bezahlten Dienstleistung zu haben. Dass Kindergärten ein altersgemäßer Bestandteil des Erziehungs- und Bildungssystems sind, die auch konzeptionell mit Schule verwoben und natürlich genau wie Schule auch kostenlos sind, die ab dem 5. Lebensjahr als Vorschule auch obligatorisch sind, die personell und materiell entsprechend diesen Anforderungen ausgestattet sind, das alles ist zwar unter Experten – gerade auch nach der Pisa-Studie – wenig

umstritten, aber dies ist angesichts der Krise öffentlicher Haushalte zum Tabu erklärt. Wer in Bremen den kostenlosen Zugang zu den Kindertagesheimen für alle fordert, wird eher belächelt als ernst genommen.

## Erziehung als Bestandteil von Bildung

Kindergärten fungieren zunehmend als Job-Ermöglicher und verlieren ihren pädagogischen und sozialen Stellenwert. Das drückt sich in ihrer personellen und materiellen Ausstattung, ihrer baulichen Substanz und auch in der gesellschaftlichen wie materiellen Anerkennung als Institutionen im Bildungsprozeß, bzw. auch ihrer Beschäftigten aus. Der Statusverlust der Kindergärten führt denn auch zunehmend zu einer schichtenspezifischen Inanspruchnahme. Der Anteil von

Eltern mit höherem beruflichen Bildungsabschluß bzw. höherem beruflichen Status, der seine Kinder in den Kindergärten anmeldet, verringert sich und macht die Kindergärten schleichend zu »Reste-Kindergärten«, die sich sozial entmischen und damit auf längere Sicht in eine problematische Spiralentwicklung hineingeraten.

Kindergärten haben gegenüber Schulen immer noch den Status der Nachrangigkeit und gelten immer noch nicht als Bestandteil des Bildungssystems, so wie es in anderen Ländern Europas selbstverständlich ist. Sie gelten als quasi-freiwillige Sonderleistung der öffentlichen Hand, die man in Anspruch nehmen kann, aber nicht muß, und wenn

## Die Verantwortung von Schule

Wenn man Schule betrachtet, und zwar ausschließlich unter dem Armuts Gesichtspunkt, dann weiß man, daß diese, angesichts der horrenden Zahl von zehn Prozent aller Bremer Kinder (bei Kindern aus Einwanderer-Familien liegt der Prozentsatz bei 19), die keinen Schulabschluß schaffen, den heutigen Herausforderungen nicht gerecht wird. Und auch die PISA-Studie zeigt, dass nahezu ein Viertel der deutschen Schüler nur über rudimentäre sprachliche Kompetenzen, die Basiskompetenz für alle individuellen Aneignungsprozesse, verfügt. Zum einen weist die soziale und familiäre Herkunft der Kinder darauf hin, dass sich Armut vererbt. Zum zweiten macht die große Zahl dieser Kinder deutlich, mit welchen Dimensionen und welcher Qualität von Armut wir es heute zu tun haben. Und drittens ist dies ein Alarmsignal für die Zukunft, ist doch bekannt, dass keine oder schlechte Schulabschlüsse und der Mangel an Basisqualifikationen eine künftige Erwerbsbeteiligung fast unmöglich machen, Armutsprozesse programmieren und diese in die nächste Generation vererben. Die offenkundigen Qualitätsmängel des deutschen Bildungswesens, einschließlich des Elementarbereichs produzieren die künftigen Problemgruppen des Arbeitsmarktes geradezu systematisch.

Je mehr Menschen in den Armutsstrudel gerissen werden, je länger diese Entwicklung anhält, je verfestigter diese wird, umso schwieriger ist dieser Prozeß umzudrehen. Deshalb gilt es der Armutsentwicklung insgesamt entgegenzutreten, aber auch mit spezifischen Maßnahmen ihrer Reproduktion entgegenzuwirken. Dabei hat Schule eine herausragende Bedeutung, die sie in den ersten vier Schuljahren gemeinsam mit dem Hort zu meistern hat. Doch schon beim Hort fangen die Defizite an, die außerordentlich geringe Versorgung mit Hortplätzen von gerade mal rund 15 Prozent ist dafür ein Indiz. Aber auch die konzeptionelle Ausrichtung der Schulen ist nur unzureichend auf diese Aufgabe konzentriert. Hinzu kommt, dass die personelle und materielle Ausstattung hierfür auch enge Grenzen setzt.

Wir erinnern an dieser Stelle noch einmal an die Programmatik der Bundesregierung: »Alle in Deutschland lebenden Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf umfassende Teilhabe an und ungehinderten Zugang zu den sozialen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Gesellschaft.« So sehr wir diesen Anspruch teilen, so sehr bedauern wir es, dass diese Gesellschaft noch meilenweit von der Realisierung dieses Anspruches entfernt ist. Was tun?



## Arbeit schaffen bleibt der Königsweg

Damit ist die zentrale Aufgabe aller Politik, die gegenüber der Armutsentwicklung betrieben werden muß, klar und eindeutig: Es muss für mehr Menschen Beschäftigung angeboten werden. Einerseits muss sich diese Beschäftigung nicht nur an den Marktverhältnissen, sondern auch an den Voraussetzungen der Arbeit suchenden Menschen orientieren (zum Beispiel bei der Einrichtung von Arbeitsplätzen für Behinderte), und andererseits muss der Staat die Rahmenbedingungen verbessern, um die Menschen mit den notwendigen Qualifikationen (zum Beispiel durch die Verbesserung von Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten) auszustatten, oder aber um überhaupt Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass der Zugang zum Arbeitsmarkt (zum Beispiel durch den Ausbau der Kinderbetreuung) möglich ist.

Der Misserfolg der letzten Jahrzehnte beim Abbau der Arbeitslosigkeit und die damit verbundene Verarmung relevanter Bevölkerungsteile und der öffentlichen Haushalte macht deutlich, dass alle ergriffenen Maßnahmen entweder nicht hinreichend, oder gar untauglich, manchmal sogar kontraproduktiv waren. Fest steht in jedem Fall, dass die vielfach und seit Jahrzehnten versprochenen Arbeitsplatzeffekte, die sich über Lohnverzicht, den Abbau von Sozialleistungen, Steuerreformen und weiterer Deregulierungen einstellen sollten, ausgeblieben sind. Möglich ist eher, dass über die damit verbundene Absenkung der Massenkaukraft und eben auch der Binnennachfrage das Gegenteil erreicht worden ist. Sicher und nachzuweisen ist, daß diese Maßnahmen die Umverteilung von unten nach oben beschleunigt, die Armuts- und Reichtumspole weiter voneinander entfernt und die Armut in diesem Land verstärkt haben. Die Reichen sind reicher und die armen zahlreicher geworden. Oder wie es die Frankfurter Rundschau bissig formulierte: »Ohne Armut wäre Reichtum unerschwinglich.« Trotz oder gerade wegen

dieser Erfahrung fällt bestimmten gesellschaftlichen Kräften nichts Neues ein. Aber vielleicht soll ihnen auch nichts einfallen. So, wie schon immer, wird auch heute wieder gebetsmühlenartig der ewig gleiche Forderungskatalog präsentiert, nur die Variationen werden vielfältiger. Geradezu aberwitzig ist, dass der, der den kältesten Kaffee anbietet, heutzutage als der größte Modernisierer gilt. Dabei besteht die dringende Aufgabe, neue Wege bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu beschreiten bzw. erfolgversprechende Wege breiter auszutreten.

Es bleibt die Frage, ob die neuen Wege überhaupt gegangen werden sollen, oder ob uns der Rückfall in die Vormoderne als neue Modernität und Aufbruch in die Zukunft verkauft wird. Oskar Negt beantwortet diese Frage eindeutig: »Die politische Klasse nimmt ihre Aufgaben für das Gemeinwesen nicht mehr wahr. Sie handelt gesellschaftlich verantwortungslos im Sinne selbstbezogener Interessenkonstellationen.« Vieles spricht dafür, dass er recht hat.

Vor fünfzig oder vor dreißig Jahren gab es zwar auch all die hier aufgeführten Armutsrisiken und Armutssituationen. Und trotzdem ist vieles anders geworden. Das gesamte Leben hat sich verändert. Familiäre Hilfesysteme sind weitestgehend zerbrochen, soziale Bezugssysteme, angefangen bei der Kleinfamilie sind in Auflösung begriffen. Der Lebensstandard hat sich in jeder Hinsicht rasant verändert und damit auch die gesellschaftlichen Relationen. Heute gilt möglicherweise jemand als arm, der bessere materielle Voraussetzungen hat als jemand, der vor 50 Jahren als wohlhabend galt. Entscheidend aber ist die Veränderung, die auf dem Arbeitsmarkt stattgefunden und dieses Land und natürlich auch Bremen in rasender Geschwindigkeit aus der Vollbeschäftigung auf

einen Arbeitslosenberg mit über vier Millionen Menschen katapultiert hat. Diese Entwicklung ist denn auch der Schlüssel für den explosionsartigen Anstieg der Sozialhilfebezieher, der sich allein in den letzten dreißig Jahren vervierfacht hat. Auch die jüngsten Entwicklungen zeigen: Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe stehen in einem direkten Zusammenhang. Der leichte Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten drei Jahren hat sich genauso unmittelbar in der Sozialhilfestatistik niedergeschlagen, wie der erneute Anstieg der Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 2001/2002.

## Mit alten Methoden in die Zukunft

Eigentlich ist spätestens seit der Vorlage des Armutsberichtes der Bundesregierung allen klar, wie sich der aktuelle Stand gesellschaftlicher Entwicklung darstellt, wie sich Armut und Reichtum entwickelt haben und dass angesichts der Armutspopulation und der damit verbundenen immer tiefer greifenden individuellen und gesellschaftlichen Folgen die Alarmglocken schrillen müssten. Im Armutsbericht werden denn auch eine Fülle von Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen den Armutsprozessen zu begegnen wäre. Ihre Dringlichkeit wird massiv unterstrichen. Doch die Wirklichkeit sieht anders aus, geradezu gegenteilig. Mit einer kaum noch zu überschauenden Vielfalt an Maßnahmen, großen und kleinen, strukturellen und individuellen, wird auf allen staatlichen Ebenen der Armutsentwicklung Vorschub geleistet, wird diese zementiert. Ob es nun die Auswirkungen der Renten-, der Steuer- oder anderer sogenannter Reformen sind, ob es die Sparprogramme der Länder und Kommunen sind, alles folgt dem Megatrend, die sozialen Risiken zu privatisieren, um den Druck auf den Einzelnen zu erhöhen, die Unternehmen zu entlasten, in der Hoffnung, diese zur

Schaffung von Arbeitsplätzen anzuregen und die öffentlichen Haushalte, die sich zum Beispiel durch die Unternehmenssteuerreform (die ja angeblich auch Arbeitsplätze bringen soll) quasi selbst enteignen, zu schonen. Angeblich dient alles nur dem einen Ziel, nämlich Arbeitsplätze zu schaffen. Diesem Ziel diene auch schon die Sparpolitik der letzten zwanzig Jahre. Schon ein flüchtiger Blick in die Statistiken genügt, um zu sehen, dass sich zwar vieles verändert hat, nur das Ziel nicht erreicht worden ist. Da liegt die Frage nahe, ob es möglicherweise weniger um das Ziel, als vielmehr um die Veränderungen geht, ob das Ziel nicht für die Veränderungen instrumentalisiert wird.

für die Rentenansprüche dieser Bevölkerungsgruppe, die ohnehin keine besonderen Ansprüche aufgebaut hat, an Konsequenzen hat, braucht nicht erörtert zu werden. Was eine solche Politik mit Armutsbekämpfung zu tun hat, bleibt schleierhaft.

Wir leben in einer Zeit großer Veränderungen, schwerwiegender Brüche mit Bisherigem, oftmals auch Bewährtem. Rasant vollzieht sich eine politische Veränderung der Rahmenbedingungen. Dabei vertritt jeder seine spezifischen Interessen. Das ist normal. Allen geht es um Arbeit, um die Schaffung neuer Arbeitsplätze, jedenfalls offiziell. Es ist nicht zu bestreiten, daß damit ein großer Teil der gesellschaftlichen Probleme, auch das

Armutproblem, besser bewältigt werden könnte. Fakt ist aber: Das Arbeitsvolumen in dieser Gesellschaft ist konstant und tendenziell eher rückläufig, jedenfalls weitet es sich nicht aus. Gleichzeitig steigt die Erwerbsbereitschaft von Frauen weiter an. Woher sollen also neue Arbeitsplätze kommen? Durch die Erhöhung des Drucks auf Einzelne? Durch immer wiederkehrende Appelle an die Unternehmen? Bislang hat dieser Weg keine Erfolge gebracht.

## Armut läßt sich noch steigern

Pars pro toto: Ein Beispiel, das für die gegenwärtige Entwicklungsrichtung im ganzen steht. Ganz oben auf der sogenannten Reform-Agenda steht die Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Da soll ein Versicherungsanspruch einseitig aufgekündigt werden, um den Bundeshaushalt, der für die Arbeitslosenhilfe aufkommt, zu entlasten und so die Kommunalhaushalte, die für die Sozialhilfe zuständig sind, zu belasten, auf

dass diese den finanziellen Druck über kommunale Sparprogramme an die Bevölkerung weitergeben. Da soll die höher liegende Arbeitslosenhilfe der darunter liegenden Sozialhilfe angepasst werden, damit ein eh schon in der Nähe zur Armutspopulation befindliches Bevölkerungssegment noch stärker mit Verarmungsrisiken belastet wird. Da sollen bisherige Arbeitslosenhilfeempfänger, für die bislang Rentenversicherungsleistungen erbracht werden, zu Sozialhilfeempfängern mutieren, für die diese Leistungen nicht zu erbringen sind. Was dies

## Ein Kurswechsel muß her

Es gibt keine Alternative: Die Rahmenbedingungen müssen verändert werden. Der Schlüssel liegt in der Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Schultern (wofür es viele gute nationale und internationale Beispiele gibt) sowie in der Erschließung bzw. Finanzierung gesellschaftlich notwendiger und sinnvoller Arbeit (in der Bildung, im Gesundheitswesen, im Umweltschutzbereich etc.). Diesen Lösungsansatz politisch durchzusetzen und dafür die Rahmenbedingungen zu schaffen, darauf kommt es an. Einzelne Beispiele zeigen, dass auf diesem Weg Erfolge möglich sind. So wird mit dem Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit die Teilzeitquote, die im europäischen Vergleich immer noch deutlich zurückliegt, weiter erhöht. So werden mit der Pflegeversicherung Pflegeleistungen gesellschaftlich anerkannt und finanziert. Es wird ein neuer Beschäftigungssektor mit vielen Beschäftigten erschlossen.

Ganz nebenbei wird mit den Wirkungen der Pflegeversicherung Verarmungstendenzen alter und kranker Menschen sowie der pflegenden Familienangehörigen entgegengewirkt. Dieser zukunftsorientierte Weg muß vom Trampelpfad zur Autobahn ausgebaut und energisch weitergegangen werden. Im Zentrum aller Bemühungen gegenüber Armutsprozessen müssen drei Dinge stehen, sowohl auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene. Jede Ebene hat ihre Funktion und kann nicht ständig auf die jeweils andere verweisen. Auch eine Stadt wie Bremen kann sich nicht auf Dauer hinter ihrem maroden Stadthaushalt verstecken und dazu noch der Ökonomisierung aller Lebensbereiche das Wort reden. John Kenneth Galbraith hat uns schon vor Jahrzehnten eine entscheidende Erkenntnis auf den Weg gegeben: »Wir haben gelernt, wie schlecht es der Stadt bekommt, wenn sie Teil einer Ordnung ist, in der soziale Leistung ausschließlich nach dem wirtschaftlichen Wachstum beurteilt wird. Wir müssen erkennen, dass es sehr viel schwerer

sein wird, die Leistung einer Stadt am Glück ihrer Bevölkerung zu messen. Und doch ist das der einzige Weg.« Das Glück der Menschen einer Stadt ist ein individuelles, aber auch ein gesellschaftliches, oder: Das Glück des Einzelnen als das Glück aller zu verstehen und umgekehrt, darauf kommt es an. Als wichtige Schritte in Richtung dieses Stadtverständnisses machen wir drei Vorschläge:

## 1. Arbeitslosigkeit abbauen durch Teilung von Arbeit

Angesichts einer seit Jahrzehnten ansteigenden Arbeitslosigkeit und des Scheiterns aller Bemühungen aller Parteien; angesichts des sich trotz aller Maßnahmen nicht ausweitenden Arbeitsvolumens in diesem Land; angesichts der zunehmenden Erwerbsbereitschaft von Frauen; angesichts der durch Arbeitslosigkeit ausgelösten Zerrüttungserscheinungen von Einzelnen, sozialen Bezugssystemen und der Gesellschaft insgesamt; angesichts der absehbaren auch zukünftigen Erfolglosigkeit bei lediglicher Fortschreibung gegenwärtiger Politikkonzepte sehen wir den Schlüssel für den Abbau der Arbeitslosigkeit in der Neuverteilung der vorhandenen Arbeit –

in allen nur denkbaren Formen und Varianten, insbesondere im Ausbau der Teilzeitarbeit, aber auch in der Verkürzung von Wochen- und Lebensarbeitszeit. Konkret schlagen wir vor, daß in einer konzertierten Aktion von Politik und Sozialpartnern eine Aufklärungsaktion über die gesetzlichen Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit durchgeführt und eine Beratungsinstanz geschaffen wird, die sowohl Arbeitgebern als auch Beschäftigten konkrete Wege zu mehr Teilzeitarbeit aufweist.

## 2. Voraussetzungen zur Arbeitsaufnahme verbessern

In einer Zeit, in der gesundheitlich und psychisch beeinträchtigte Menschen sich nicht im möglichen Ausmaß in das Erwerbsleben eingliedern können, obwohl sie es wollen; in einer Zeit, in der Menschen die Qualifikationen fehlen, um erfolgreich in den Arbeitsprozeß eintreten zu können; in einer Zeit, in der insbesondere Frauen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird, weil sie Kinder haben, für die es keine öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten gibt; in einer Zeit, in der verschiedensten Personengruppen schlicht und einfach die Rahmenbedingungen eine Arbeitsaufnahme bzw. einen Verbleib im Erwerbsleben unmöglich machen, in einer solchen Zeit muß Politik energisch und zielgenau die Rahmenbedingungen verändern und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme mit speziellen

Maßnahmen fördern. Dabei gibt es viele Dinge, die getan werden können. Wir konzentrieren uns hier auf die Alleinerziehenden, denen der Mangel an öffentlicher Versorgung ihrer Kinder eine eigenständige Erwerbsarbeit verwehrt, und diese in die Sozialhilfe abwälzt. Wir fordern eine Verdoppelung der Krippenplätze auf mindestens 2000 in den nächsten drei Jahren, was einem Versorgungsgrad von immer noch geringen 15 Prozent entspricht. 500 der zusätzlichen Betreuungsplätze sollen als Ganztagsangebote ausgewiesen sein, um den Müttern ausreichende Erwerbsmöglichkeiten zu eröffnen.



### 3. Armen Menschen helfen

Eingedenk der großen Zahl von Menschen, die durch die Dauer und die Qualität ihrer Verarmungsprozesse kaum noch ohne fremde Hilfe ihre Krise überwinden können; eingedenk von über 18.000 Bremer Kindern unter 18 Jahren in der Sozialhilfspirale, die ihr Schicksal selbst kaum beeinflussen können und oftmals mit schwerwiegenden, langzeitwirkenden Zukunftshypothesen beladen werden; eingedenk eines sich verfestigenden und separierenden Armutssegments in dieser Stadt, in dem mittlerweile Armut vererbt wird und eine Durchbrechung der Armutssituation kaum noch möglich ist; eingedenk der vielfältigen individuellen dramatischen Schicksale, aber auch der immer spürbareren gesellschaftlichen Auswirkungen ist es dringend geboten, die gesellschaftliche Durchlässigkeit wieder herzustellen, arme Menschen bei ihren Bemühungen ihre Situation zu überwinden zu unterstützen und insbesondere Kindern alle nur denkbaren Voraussetzungen anzubieten, die sie aus dem Armutskreislauf heraus und in die gesellschaftliche Durchschnittlichkeit führen. Es muß Schluß sein mit der verhängnisvollen Politik zu Lasten der Wehrlosesten und Ärmsten in dieser Gesellschaft die öffentlichen Haushalte sanieren zu wollen. Das ist zwar einfach aber kurzfristig und funktioniert sowieso nicht, langfristig sind die Kosten eher höher. Mit gezielten Programmen, die kurzfristig durchaus Geld

kosten, muß der Armutsentwicklung entgegengewirkt werden. Auch hier wäre vieles notwendig. Wir beschränken uns hier auf die Forderung, daß jedes von der Sozialhilfe abhängige Kind einen kostenlosen Krippen-, Kindergarten- und Hortplatz erhält und dass diesen Kindern mit gezieltem Förderunterricht in der Schule der Anschluß an die Durchschnittlichkeit ermöglicht wird.

Die Arbeitnehmerkammer Bremen ist der Auffassung, dass es allerhöchste Zeit ist, die Prozesse, die am Rande der Gesellschaft stattfinden in den Blick zu nehmen, nicht nur aus Solidarität mit den Armen, obwohl das auch, sondern auch aus Sorge um die Zukunft dieser Stadt. Auf Dauer nehmen wir alle daran Schaden. Wir ziehen die Konsequenz aus dem, was die kürzlich verstorbene Marion Gräfin Dönhoff auf den Punkt brachte: »Eine Gesellschaft, wo die Reichen zwanzig Prozent reicher werden jedes Jahr und die Armen zehn Prozent ärmer, die kann nicht halten.«





## Bremer Armut in Zahlen

### Sozialhilfe

Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen Sozialhilfedichte (Empfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen) Geschlecht, Alter, ausländerrechtlicher Status 31.12.2000 und kurzer Rückblick (31.12.1989 – 31.12.1999)

### Stadt Bremen Ende 2000

In der Stadt Bremen lebten Ende 2000 insgesamt 539.403 Menschen.<sup>1)</sup>

Insgesamt 48.874 Menschen waren Ende 2000 außerhalb von Einrichtungen Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (im folgenden kurz: Sozialhilfeempfänger/innen).<sup>2)</sup>

Die Sozialhilfedichte, die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen, betrug dementsprechend 91. M.a.W., 91 von 1000 Einwohner/innen der Stadt Bremen waren Ende 2000 auf laufende Hilfen zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen. (vgl. anliegende Tabelle 1)

Von den 48.874 Sozialhilfeempfänger/innen waren 18.080 (37,0%) Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 27.758 (56,8%) waren zwischen 18 und unter 65 Jahre alt – Sozialhilfeempfänger/innen im sog. erwerbsfähigen Alter<sup>3)</sup> – und nur 3.036 (6,2%) waren 65 Jahre und älter.

55,9% (27.317) der 48.874 Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt waren weiblich. Von den 27.758 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren 59,2% (16.446) Frauen und nur 40,8% (11.312) Männer.

Die Sozialhilfedichte weicht sowohl alters- als auch geschlechtsspezifisch zum Teil extrem vom oben genannten Durchschnittswert 91 ab.<sup>4)</sup>

Die höchste Sozialhilfedichte bestand in der Stadt Bremen Ende 2000 mit 233 bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren. M.a.W., nahezu jedes vierte Kind im Alter von unter 7 Jahren in der Stadt Bremen (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) war Ende 2000 auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Die niedrigste Sozialhilfedichte bestand mit 31 bei den Einwohner/innen im Rentenalter (65 Jahre und älter).

Bei der erwerbsfähigen Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) mit einer durchschnittlichen Sozialhilfedichte von 79 ist der geschlechtsspezifische Unterschied zwischen den Sozialhilfedichten am größten. Von 1.000 Männern im erwerbsfähigen Alter waren 64 auf Sozialhilfe angewiesen, von 1.000 Frauen im erwerbsfähigen Alter waren es dagegen 94.

Arbeitslosigkeit und Kinder (siehe oben) sind offensichtlich entscheidende Gründe für die hohe Sozialhilfedichte. In der Sozialhilfestatistik dürfte dabei die Bedeutung der Arbeitslosigkeit eher unterzeichnet sein, da nur die gemeldete Arbeitslosigkeit mit bzw. ohne Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch Drittes

<sup>1)</sup> Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht

<sup>2)</sup> Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00, Juli 2001

<sup>3)</sup> Es wurde hier die Altersabgrenzung von 18 Jahren und nicht von 15 Jahren an gewählt, da im Land Bremen eine 12-jährige Vollzeitschulpflicht gilt, die in der Regel erst im 18. Lebensjahr endet.

<sup>4)</sup> Es muß an dieser Stelle unterstellt werden, dass die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Altersstruktur (Bevölkerungsstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, dass sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen der alters- und geschlechtsspezifischen Sozialhilfedichten ergeben.

Buch (SGB III) erfaßt wird. (vgl. Tabelle 3) In der Stadt Bremen waren Ende 2000 von den 27.758 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter 8.390 (30,2%) arbeitslos gemeldet<sup>5)</sup>. Rechnerisch entsprach dies einem Anteil von 27,8% an den insgesamt 30.169 registrierten Arbeitslosen in der Stadt Bremen<sup>6)</sup>. 17,3% (4.805) der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet und erhielten Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe). Dies waren 20,2% der insgesamt 23.786 Empfänger/innen von Lohnersatzleistungen nach dem SGB III in der Stadt Bremen<sup>7)</sup>. 12,9% (3.585) der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen nach dem SGB III zu haben.

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ist bei den Männern im erwerbsfähigen Alter deutlich größer als bei den Frauen. Während von den 11.312 (männlichen) Sozialhilfeempfängern im Alter von 18 bis unter 65 Jahre 44,7% (5.062) arbeitslos gemeldet waren, waren dies von den 16.446 Sozialhilfeempfängerinnen im entsprechenden Alter lediglich 20,2% (3.328). Als Hauptgrund für die Nichterwerbstätigkeit von Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter nennt die Sozialhilfestatistik »häusliche Bindungen« (i.d.R. Kindererziehung). Ende 2000 war dies in der Stadt Bremen bei 4.741 (28,8%) der 16.446 Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter der Fall und bei 71 (0,6%) der 11.312 männlichen Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter.

<sup>5)</sup> Der Vergleich mit den entsprechenden Daten der Stadt Bremerhaven und den entsprechenden Daten des Vorjahres (31.12.1999; Tabelle 4) zeigt, dass diese statistischen Angaben mit Vorsicht zu betrachten sind. Offensichtlich bestehen hier erhebliche erhebungstechnische und -methodische Probleme/Abweichungen, die die Vergleichbarkeit (stark) einschränken.

<sup>6)</sup> Arbeitslose Ende Dezember 2000; Quelle: Arbeitsamt Bremen

<sup>7)</sup> Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen, Statistisches Sonderheft 7/2001 (»Empfänger von Leistungen bei Arbeitslosigkeit ... im Dezember 2000 nach Gemeinden«)

Erwerbstätig waren in der Stadt Bremen Ende 2000 insgesamt 3.494 (12,6%) der 27.758 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter. 4,1% (1.128) waren dabei vollzeit und 8,5% (2.366) teilzeit erwerbstätig. (vgl. Tabelle 5<sup>8)</sup>) Der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen war bei den Sozialhilfeempfängerinnen mit 13,8% (2.268) deutlich höher als bei den (männlichen) Sozialhilfeempfängern. (10,8%; 1.226) Sozialhilfeempfängerinnen sind dabei jedoch wesentlich öfter als (männliche) Sozialhilfeempfänger teilzeit erwerbstätig.

Die alters- und geschlechtsspezifische Auswertung der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik hat die Staatsangehörigkeit als Unterscheidungsmerkmal bisher unberücksichtigt gelassen. Auch wenn die folgenden Differenzierungen der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik nach Staatsangehörigkeit (Deutsch/Nichtdeutsch) aktuell von besonderer Brisanz sein dürften und missbraucht werden könnten (Stichworte: »Zuwanderung in soziale Sicherungssysteme«, »nützliche und nicht nützliche Ausländer/innen«), sollen sie an dieser Stelle nicht ausgeblendet bleiben.

In der Stadt Bremen, mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 12,3%, waren Ende 2000 von den 48.874 Sozialhilfeempfänger/innen 30,6% (14.975) Nichtdeutsche (der statistische Sammelbegriff für Ausländer/innen und Staatenlose<sup>9)</sup>). (vgl. Tabelle 7) Die Sozialhilfedichte, durchschnittlich 91 pro 1.000 Einwohner/innen, liegt bei der ausländischen Bevölkerung mit 225 mehr als dreimal so hoch wie bei der deutschen Bevölkerung der Stadt Bremen (72).

<sup>8)</sup> und Tabelle 6 für den Vergleich mit Ende 1999

<sup>9)</sup> Es muß auch an dieser Stelle unterstellt werden, dass die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Staatsangehörigkeit und Altersstruktur (Bevölkerungstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, dass sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen der Aussagen hinsichtlich der spezifischen Sozialhilfeabhängigkeit Deutscher und Nichtdeutscher ergeben.

Von den insgesamt 15.785 ausländischen Kindern im Alter von unter 18 Jahren waren Ende 2000 – die Vergleichbarkeit der Bevölkerungs- und Sozialhilfestatistik unterstellt – insgesamt 5.774 (36,6%) Sozialhilfeempfänger/innen. Die Sozialhilfedichte der ausländischen Kinder lag damit bei dem nahezu unvorstellbar hohen Wert von 366. Im Vergleich dazu waren von den 72.749 deutschen Kindern im Alter von unter 18 Jahren insgesamt 12.306 (16,9%) Sozialhilfeempfänger/innen. Die Sozialhilfedichte betrug damit bei den deutschen Kindern »lediglich« 169.

Beim Vergleich der altersspezifischen Sozialhilfedichten der deutschen und nichtdeutschen Bevölkerung der Stadt Bremen fällt zudem auf, daß der allgemeine Trend sinkender Sozialhilfedichten mit steigendem Alter (der Altersgruppen) nur für die deutsche Bevölkerung zu gelten scheint.

Bei der nichtdeutschen Bevölkerung, die in der Altersgruppe der 21 bis unter 25-jährigen mit 133 die niedrigste Sozialhilfedichte aufweist, steigt die Sozialhilfedichte mit zunehmendem Alter wieder deutlich an. Von den wenigen, insgesamt 5.605 ausländischen Einwohner/innen im Alter von 60 Jahren und älter waren in der Stadt Bremen Ende 2000 insgesamt 1.561 (27,9%) Sozialhilfeempfänger/innen. Die Sozialhilfedichte lag damit bei den ausländischen Einwohner/innen im Alter von 60 Jahren und älter mit 279 mehr als zehnmal so hoch wie bei den deutschen Einwohner/innen dieser Altersgruppe. (Sozialhilfedichte: 26)

<sup>10)</sup> Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht

<sup>11)</sup> Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00, Juli 2001

## Stadt Bremerhaven Ende 2000

In der Stadt Bremerhaven lebten Ende 2000 insgesamt 120.822 Menschen.<sup>10)</sup>

Insgesamt 13.567 Menschen waren Ende 2000 außerhalb von Einrichtungen Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz (im folgenden kurz: Sozialhilfeempfänger/innen).<sup>11)</sup>

Die Sozialhilfedichte, die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen pro 1.000 Einwohner/innen, betrug dementsprechend 112. (vgl. anliegende Tabelle 2) Die Sozialhilfedichte war damit in der Stadt Bremerhaven deutlich höher als in der Stadt Bremen (91; siehe oben).

Von den 13.567 Sozialhilfeempfänger/innen waren 4.677 (34,5%) Kinder im Alter von unter 18 Jahren. 8.104 (59,7%) waren zwischen 18 und unter 65 Jahre alt – Sozialhilfeempfänger/innen im sog. erwerbsfähigen Alter – und nur 786 (5,8%) waren 65 Jahre und älter.

56,3% (7.644) der 13.567 Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt waren weiblich. Von den 8.104 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren 59,7% (4.836) Frauen und nur 40,3% (3.268) Männer.

Die Sozialhilfedichte weicht auch in der Stadt Bremerhaven sowohl alters- als auch geschlechtsspezifisch zum Teil extrem vom oben genannten Durchschnittswert 112 ab.

Die höchste Sozialhilfedichte bestand in der Stadt Bremerhaven Ende 2000 mit 224 bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren. M.a.W., auch in der Stadt Bremerhaven war Ende 2000 nahezu jedes vierte Kind im Alter von unter 7 Jahren (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Die niedrigste Sozialhilfedichte bestand mit 35 bei den Einwohner/innen im Rentenalter (65 Jahre und älter).

Bei der erwerbsfähigen Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) mit einer durchschnittlichen Sozialhilfedichte von 107 ist der Unterschied zwischen der Sozialhilfedichte der Frauen und der Sozialhilfedichte der Männer am größten. In der Stadt Bremerhaven ist dieser Unterschied sowohl absolut als auch relativ deutlich größer als in der Stadt Bremen. Von 1.000 Männern im erwerbsfähigen Alter waren 83 auf Sozialhilfe angewiesen, 19 mehr als in der Stadt Bremen. Von 1.000 Frauen im erwerbsfähigen Alter waren dagegen 131 auf Sozialhilfe angewiesen, 37 mehr als in der Stadt Bremen.

In der Stadt Bremerhaven waren Ende 2000 von den 8.104 Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter 3.376 (41,7) arbeitslos gemeldet. (vgl. Tabelle 3) Rechnerisch entsprach dies einem Anteil von 37,2% an den insgesamt 9.066 registrierten Arbeitslosen in der Stadt Bremerhaven (Stadt: Bremen: 27,8%; siehe oben)<sup>12)</sup>. Mit 41,7% lag der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen (an den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen

gen Alter) deutlich über dem entsprechenden Anteil in der Stadt Bremen (30,2%). 17,5% (1.415) der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet und erhielten Lohnersatzleistungen nach dem SGB III (Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe). Dies waren 19,3% der insgesamt 7.322 Empfänger/innen von Lohnersatzleistungen nach dem SGB III in der Stadt Bremerhaven<sup>13)</sup>. 24,2% (1.961) der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter waren arbeitslos gemeldet ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen nach dem SGB III zu haben. Ein Vergleich mit den entsprechenden Daten zur gemeldeten Arbeitslosigkeit von Sozialhilfeempfänger/innen der Stadt Bremen zeigt: Ein Unterschied zwischen den beiden Städten besteht praktisch ausschließlich bei den Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter, die arbeitslos gemeldet waren ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen nach dem SGB III zu haben. Während in der Stadt Bremerhaven 24,2% der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter arbeitslos gemeldet waren ohne Anspruch auf Lohnersatzleistungen nach dem SGB III zu haben, waren dies in der Stadt Bremen lediglich 12,9%<sup>14)</sup>.

Der Anteil der arbeitslos gemeldeten Sozialhilfeempfänger/innen ist auch in der Stadt Bremerhaven bei den Männern im erwerbsfähigen Alter deutlich größer als bei den Frauen. Während von den 3.268 (männlichen) Sozialhilfeempfängern im Alter von 18 bis unter 65 Jahre 63,5% (2.074) arbeitslos gemeldet waren, waren dies von den 4.836 Sozialhilfeempfängerinnen im entsprechen-

<sup>12)</sup> Arbeitslose Ende Dezember 2000; Quelle: Arbeitsamt Bremerhaven

<sup>13)</sup> Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen, Statistisches Sonderheft 7/2001 ("Empfänger von Leistungen bei Arbeitslosigkeit ... im Dezember 2000 nach Gemeinden")

<sup>14)</sup> Ende 1999 ist ein derartiger Unterschied zwischen den beiden Städten nicht zu beobachten. (vgl. dazu auch Fußnote 7)



Die Babysitter

den Alter lediglich 26,9% (1.302). Als Hauptgrund für die Nichterwerbstätigkeit von Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter nennt die Sozialhilfestatistik »häusliche Bindungen« (i.d.R. Kindererziehung). Ende 2000 war dies in der Stadt Bremerhaven bei 1.677 (34,7%) der 4.836 Sozialhilfeempfängerinnen im erwerbsfähigen Alter der Fall und bei 33 (1,0%) der 3.268 männlichen Sozialhilfeempfänger im erwerbsfähigen Alter.

Erbwerbstätig waren in der Stadt Bremerhaven Ende 2000 821 (10,1%) von den 8.104 Sozialhilfeempfänger/innen im

erwerbsfähigen Alter. 3,7% (296) waren dabei vollzeit und 6,5% (525) teilzeit erwerbstätig. (vgl. Tabelle 5<sup>15)</sup>) Der Anteil der erwerbstätigen Sozialhilfeempfänger/innen war bei den Sozialhilfeempfängerinnen mit 10,7% (518) geringfügig höher als bei den (männlichen) Sozialhilfeempfängern. (9,3%; 303) Sozialhilfeempfängerinnen sind wesentlich öfter als (männliche) Sozialhilfeempfänger teilzeit erwerbstätig.

Die alters- und geschlechtsspezifische Auswertung der Ergebnisse der Sozialhilfestatistik hat die Staatsangehörigkeit als Unterscheidungsmerkmal bisher un-

<sup>15)</sup> und Tabelle 6 für den Vergleich mit Ende 1999

<sup>16)</sup> Es muß auch an dieser Stelle unterstellt werden, daß die aus verschiedenen Erhebungen gewonnenen Daten zur Staatsangehörigkeit und Altersstruktur (Bevölkerungsstatistik, Sozialhilfestatistik) soweit übereinstimmen, daß sich daraus keine grundlegenden Verzerrungen der Aussagen hinsichtlich der spezifischen Sozialhilfeabhängigkeit Deutscher und Nichtdeutscher ergeben.

berücksichtigt gelassen. Die Auswertung der Sozialhilfestatistik nach dem Merkmal der Staatsangehörigkeit (Deutsch/ Nichtdeutsch) zeigt, daß in der Stadt Bremerhaven die Unterschiede zwischen der Sozialhilfeabhängigkeit der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung im Vergleich zur Stadt Bremen sehr gering sind.

In der Stadt Bremerhaven, mit einem ausländischen Bevölkerungsanteil von 10,2%, waren Ende 2000 von den 13.567 Sozialhilfeempfänger/innen 12,3% (1.675) Nichtdeutsche (der statistische Sammelbegriff für Ausländer/innen und Staatenlose)<sup>16)</sup>. (vgl. Tabelle 8) Die Sozialhilfedichte, durchschnittlich 112 pro 1.000 Einwohner/innen, liegt bei der ausländischen Bevölkerung mit 136 lediglich um 26 (23,6%) über der Sozialhilfedichte bei der deutschen Bevölkerung der Stadt Bremerhaven (110). Die Sozialhilfedichte der ausländischen Einwohner/innen im erwerbsfähigen Alter liegt mit 118 sogar nur um 13 (12,4%) über der Sozialhilfedichte der deutschen Einwohner/innen im erwerbsfähigen Alter (105).

Bei den Kindern im Alter von unter 15 Jahren ist, ebenfalls anders als in der Stadt Bremen, praktisch kein Unterschied zwischen der Sozialhilfedichte bei den deutschen bzw. nichtdeutschen Kindern festzustellen. Von den insgesamt 2.907 ausländischen Kindern im Alter von unter 18 Jahren waren Ende 2000 – die Vergleichbarkeit der Bevölkerungs- und Sozialhilfestatistik unterstellt – insgesamt 539 (18,5%) Sozialhilfeempfänger/innen. Von den 19.141 deutschen Kindern im Alter von unter 18 Jahren waren

<sup>17)</sup>Inwieweit bei diesem extremen Anstieg besondere methodische Änderungen in der Erfassung von Sozialhilfeempfänger/innen in der Stadt Bremerhaven eine Rolle gespielt haben, ist mir nicht bekannt.

insgesamt 4.138 (21,6%) Sozialhilfeempfänger/innen. Die Sozialhilfedichte lag damit in der Stadt Bremerhaven bei den deutschen Kindern (216) sogar leicht höher als bei den ausländischen Kindern (185).

Lediglich bei den älteren Einwohner/innen (60 Jahre und älter) ist auch in der Stadt Bremerhaven ein gravierender Unterschied zwischen der Sozialhilfedichte bei der deutschen und der nichtdeutschen Bevölkerung festzustellen. Von den sehr wenigen, insgesamt nur 815 ausländischen Einwohner/innen im Alter von 60 Jahren und älter waren in der Stadt Bremerhaven Ende 2000 insgesamt 157 (19,3%) Sozialhilfeempfänger/innen. Die Sozialhilfedichte lag bei den ausländischen Einwohner/innen im Alter von 60 Jahren und älter mit 193 sehr deutlich über der Sozialhilfedichte bei den deutschen Einwohner/innen dieser Altersgruppe. (Sozialhilfedichte: 39)

#### **Kurzer Rückblick auf 1989–1999**

Mit dem Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes zum 1. Januar 1994 wurden die Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe herausgelöst und seitdem in einer gesonderten Statistik erfaßt. Insofern ist der folgende kurze Rückblick auf die beiden Eckdaten des letzten Jahrzehnts, Ende 1989 und Ende 1999, nur eingeschränkt aussagefähig. M.a.W., die dargestellten Veränderungen der Zahl und der Struktur der Sozialhilfeempfänger/innen sind auch durch die Herauslösung der Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfestatistik beeinflußt worden.

#### **Stadt Bremen 1989–1999**

In der Stadt Bremen ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen im Verlauf der 90er Jahre um 6,3% auf 51.444 Ende 1999 gestiegen. (vgl. Tabelle 10) Die Sozialhilfedichte nahm im entsprechenden Zeitraum von 89 Ende 1989 um 7,1% auf 95 Ende 1999 zu. (vgl. Tabelle 11)

Der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen konzentriert sich im wesentlichen auf die Gruppe der Kinder im Alter von unter 18 Jahren. Während die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter (18 bis unter 65 Jahre) zwischen Ende 1989 und Ende 1999 um 4,1% (1.250) abnahm und die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen um lediglich 5,4% (147) zunahm, wuchs die Zahl der sozialhilfeabhängigen Kinder von 14.848 Ende 1989 um 28,0% (4.164) auf 19.012 Ende 1999. Die Sozialhilfedichte bei den Kindern im Alter von unter 18 Jahren nahm im entsprechenden Zeitraum von 175 auf 214 zu.

#### **Stadt Bremerhaven 1989–1999**

Ganz anders stellt sich die Entwicklung in der Stadt Bremerhaven dar. Hier nahm die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen von 7.688 Ende 1989 um 83,2% auf 14.088 Ende 1999 zu. (vgl. Tabelle 13)

Anders als in der Stadt Bremen nahm in der Stadt Bremerhaven die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen im erwerbsfähigen Alter weit überdurchschnittlich zu, und zwar um 105,6%. Dabei fällt auf, daß, ebenfalls anders als in der Stadt Bremen, insbesondere die Zahl der (männlichen) Sozialhilfeempfänger extrem zunahm. Mit 168,0% nahm die Zahl der (männlichen) Sozialhilfeempfänger/innen mehr als doppelt so stark zu wie die Zahl der Sozialhilfeempfängerinnen (78,2%).

Wegen der deutlich abnehmenden Zahl der Einwohner/innen nahm die Sozialhilfedichte in der Stadt Bremerhaven deutlich schneller zu als die Zahl der Sozialhilfeempfänger/

innen. (vgl. Tabellen 12 und 14) Mit 115 lag sie Ende 1999 um 93,1% höher als zehn Jahre zuvor.

Die Sozialhilfedichte bei den Kindern im Alter von unter 18 Jahren nahm in der Stadt Bremerhaven von 129 (Ende 1989) unterdurchschnittlich um 66,7% auf 215 (Ende 1999) zu und erreichte damit Ende 1999 fast exakt das Niveau der Stadt Bremen. \_

#### **Schwerpunkt: Kinder in der Sozialhilfe**

#### **Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven Ende 2000**

##### **Stadt Bremen Ende 2000**

In der Stadt Bremen waren Ende 2000 insgesamt 18.080 Kinder im Alter bis unter 18 Jahren (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen.

7.952 dieser 18.080 Kinder waren unter 7 Jahre alt, 4.175 waren 7 Jahre bis unter 11 Jahre alt, 3.699 waren 11 bis unter 15 Jahre alt und 2.254 waren 15 Jahre bis unter 18 Jahre alt.

Die Sozialhilfedichte bei den insgesamt 88.534 Kindern im Alter von unter 18 Jahren in der Stadt Bremen betrug 204. M.a.W., 204 von 1.000 Kindern im Alter von unter 18 Jahren (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) waren in der Stadt Bremen auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen.

Die Sozialhilfedichte nimmt bei den Kindern mit zunehmendem Alter tendenziell ab. Die Sozialhilfedichte betrug 233 bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren, 209 bei den Kindern im Alter von 7 bis unter 11 Jahren, 184 bei den Kindern im Alter von 11 bis unter 15 Jahren und 157 bei den Kindern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

In der Stadt Bremen bestand Ende 2000 ein erheblicher Unterschied zwischen der Sozialhilfedichte bei den deutschen und den nichtdeutschen (ausländischen) Kindern, wenn man die Vergleichbarkeit von Bevöl-

kerungs- und Sozialhilfestatistik unterstellt. Während die Sozialhilfedichte bei den 72.749 deutschen Kindern im Alter von unter 18 Jahren »lediglich« 169 betrug, errechnet sich für die 15.785 ausländischen Kindern im Alter von unter 18 Jahren eine extrem hohe Sozialhilfedichte von 366.

In den einzelnen Altersgruppen stellt sich der Vergleich der Sozialhilfedichte der deutschen und nichtdeutschen Kinder wie folgt dar: Bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 200 bei den deutschen und 381 bei den nichtdeutschen Kindern, bei den Kindern im Alter von 7 bis unter 11 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 171 bei den deutschen und 391 bei den nichtdeutschen Kindern, bei den Kindern im Alter von 11 bis unter 15 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 148 bei den deutschen und 356 bei den ausländischen Kindern und bei den Kindern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 123 bei den deutschen und 310 bei den ausländischen Kindern. Das heißt auch, der relative Unterschied zwischen der Sozialhilfedichte bei den deutschen und der bei den ausländischen Kindern nimmt mit zunehmendem Alter, bei insgesamt abnehmender Sozialhilfedichte, zu.

Ein Blick zurück auf die Eckdaten Ende 1989 und Ende 1999 zeigt, daß sich der Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen in der Stadt Bremen im wesentlichen auf die Gruppe der Kinder im Alter von unter 18 Jahren konzentriert. Die Zahl der sozialhilfeabhängigen Kinder wuchs zwischen Ende 1989 und Ende 1999 – trotz der Herauslösung von Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe zum 1. Januar 1994 – von 14.848 Ende 1989 um 28,0% (4.164) auf 19.012 Ende 1999. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt nahm im entsprechenden Zeitraum in der Stadt Bremen »lediglich« um 6,3% zu.

#### Stadt Bremerhaven Ende 2000

In der Stadt Bremerhaven waren Ende 2000 insgesamt 4.677 Kinder im Alter bis unter

18 Jahren (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Einrichtungen) angewiesen. 1.765 dieser 4.677 Kinder waren unter 7 Jahre alt, 1.045 waren 7 Jahre bis unter 11 Jahre alt, 1.097 waren 11 bis unter 15 Jahre alt und 770 waren 15 Jahre bis unter 18 Jahre alt.

Die Sozialhilfedichte bei den insgesamt 22.048 Kindern im Alter von unter 18 Jahren in der Stadt Bremerhaven betrug 212. M.a.W., 212 von 1.000 Kindern im Alter von unter 18 Jahren (bzw. deren Eltern/Mütter/Väter) waren in der Stadt Bremerhaven auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen. Die Sozialhilfedichte nimmt bei den Kindern mit zunehmendem Alter im Vergleich zur Stadt Bremen nur geringfügig ab. Die Sozialhilfedichte betrug 224 bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren, 212 bei den Kindern im Alter von 7 bis unter 11 Jahren, 213 bei den Kindern im Alter von 11 bis unter 15 Jahren und 190 bei den Kindern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren.

In der Stadt Bremerhaven bestanden Ende 2000 nur geringfügige Unterschiede zwischen der Sozialhilfedichte bei den deutschen und den nichtdeutschen (ausländischen) Kindern, wenn man die Vergleichbarkeit von Bevölkerungs- und Sozialhilfestatistik unterstellt. Die Sozialhilfedichte war bei den deutschen Kindern sogar höher als bei den ausländischen Kindern. Während die Sozialhilfedichte bei den 19.141 deutschen Kindern im Alter von unter 18 Jahren 216 (deutsche Kinder in der Stadt Bremen: 169) betrug, errechnet sich für die 2.907 ausländischen Kindern im Alter von unter 18 Jahren eine Sozialhilfedichte von »lediglich« 185. (ausländische Kinder in der Stadt Bremen: 366)

In den einzelnen Altersgruppen stellt sich der Vergleich der Sozialhilfedichte der deutschen und nichtdeutschen Kinder wie folgt dar: Bei den Kindern im Alter von unter 7 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 229 bei den deutschen und 183 bei den nichtdeutschen Kindern, bei den Kindern im Alter von 7 bis

unter 11 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 210 bei den deutschen und 223 bei den nichtdeutschen Kindern, bei den Kindern im Alter von 11 bis unter 15 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 222 bei den deutschen und 156 bei den ausländischen Kindern und bei den Kindern im Alter von 15 bis unter 18 Jahren betrug die Sozialhilfedichte 191 bei den deutschen und 184 bei den ausländischen Kindern.

Ein Blick zurück auf die Eckdaten Ende 1989 und Ende 1999 zeigt: Die Sozialhilfedichte bei den Kindern im Alter von unter 18 Jahren nahm in der Stadt Bremerhaven, anders als in der Stadt Bremen, zwischen Ende 1989 und Ende 1999 unterdurchschnittlich zu, und zwar von 129 (Ende 1989) um 66,7% (Sozialhilfeempfänger/innen insgesamt: +83,2%) auf 215 (Ende 1999).

#### Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Arbeitslose

#### Arbeitsamtsbezirke Bremen und Bremerhaven (zusammen)

Vorbemerkung: Die Anmerkungen zur Entwicklung von Arbeitslosigkeit und Entgeltersatzleistungen bei Arbeitslosigkeit gemäß Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) beziehen sich weitestgehend auf die beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirke und damit auf die beiden bremischen Städte und die niedersächsischen Gebietsteile der »bremischen« Arbeitsamtsbezirke (Landkreis Osterholz und Altkreis Wesermünde). Wichtige Daten zur Entwicklung der Entgeltersatz-

leistungen liegen nur auf der Ebene der beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirke vor. Besonders hervorgehoben wird das Jahr 2000, da die im ersten Teil verarbeiteten Sozialhilfedaten nur bis 2000 vorliegen.

#### Arbeitslosigkeit

Die registrierte jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit erreichte 1997 in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken mit 55.912 und einer Arbeitslosenquote von 15,4% (bezogen auf die in den beiden Arbeitsamtsbezirken wohnenden abhängigen zivilen Erwerbspersonen) den höchsten Stand nach 1945. (vgl. anliegende Tabelle 16 Teil b) Seitdem ist die jahresdurchschnittliche Arbeitslosigkeit über 49.068 im Jahr 2000 auf 47.685 im Jahr 2001 gesunken<sup>18)</sup>. Die Arbeitslosenquote sank deutlicher als die absolute Zahl der Arbeitslosen auf 13,0% im Jahr 2000 und 12,3% im Jahr 2001. Der wesentliche Grund für das überdurchschnittliche Sinken der Arbeitslosenquote war die zweifache Revision der Beschäftigtenstatistik, die zu einem deutlichen Anstieg der Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen, die Bezugsbasis für die Berechnung der Arbeitslosenquote, führte. In den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken nahm die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen von 363.385 im Jahr 1999 über 378.250 (2000) auf 386.399 im Jahr 2001 zu.

Zum Vergleich: In Baden-Württemberg, dem Land mit der niedrigsten registrierten Arbeitslosigkeit, sank die entsprechende Arbeitslosenquote von 8,7% im Jahr 1997 auf 6,0% im Jahr 2000 und 5,5% im Jahr

<sup>18)</sup> Zur Zeit steigt die Arbeitslosigkeit wieder.

2001. (vgl. anliegende Tabelle 16 Teil b) Die Arbeitslosenquote war im Jahr 2000 (im Jahr 2001) in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken um etwa 116% (bzw. 124% in 2001) höher als die in Baden-Württemberg.

**Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe**  
Im Jahr 2000 erhielten bei 49.068 registrierten Arbeitslosen in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken nur 16.372 Männer und Frauen Arbeitslosengeld und 21.879 Arbeitslosenhilfe. Da nicht alle Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen auch als Arbeitslose registriert werden, ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen, die weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe erhalten, größer als die Differenz aus den registrierten Arbeitslosen und den Leistungsempfänger/innen. Im Bundesgebiet

West waren im Jahr 2000 etwa 9,2% der Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen nicht als Arbeitslose registriert, mit steigender Tendenz (2001: 10,7%) Unterstellt man auch für die »bremischen« Arbeitsamtsbezirke, daß 9,2% der Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen nicht als Arbeitslose registriert waren, ergibt sich daraus, daß von den 38.251 Leistungsempfänger/innen im Jahr 2000 nur etwa 34.730 auch als Arbeitslose registriert waren. Das heißt, von den 49.068 registrierten Arbeitslosen im Jahr 2000 erhielten über 14.300 bzw. 29% weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe<sup>19)</sup>.

Von den jahresdurchschnittlich 16.372 Arbeitslosengeldempfänger/innen erhielten 70,1% (11.473) den »allgemeinen Leistungs-

satz« gemäß § 129 SGB III (60%) und 29,9% (4.899) den »erhöhten Leistungssatz« gemäß § 129 SGB III (67%). Das heißt, in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken hatten jahresdurchschnittlich 4.899 Arbeitslosengeldempfänger/innen bzw. deren (nicht dauernd getrennt lebende/r) Ehegatte/in mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes.

Im Jahr 2000 erhielten die jahresdurchschnittlich 16.372 Arbeitslosengeldempfänger/innen in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken 1.388 DM (710 Euro) netto. Die im Verhältnis dazu hohen Bruttoausgaben, 2.359 DM (1.206 Euro) pro Monat, erklären sich aus dem Gesamtsozialversicherungsbeitrag (Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteil), den die Bundesanstalt für Arbeit an die Sozialversicherungsträger (Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung) überweist. Das Arbeitslosengeld in Höhe von 1.388 DM (710 Euro) netto pro Monat ist der Durchschnittswert in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken. Die Höhe des Arbeitslosengeldes im Einzelfall kann davon erheblich abweichen. Im Dezember 2000 erhielten z.B. im Bundesgebiet West 1.062.471 Männer und Frauen Arbeitslosengeld. 34,0% davon erhielten pro Monat (30 Kalendertage) weniger als 1.200 DM netto (614 Euro). Von den 459.520 Arbeitslosengeldempfängerinnen im Bundesgebiet West erhielten sogar 58,4% weniger als 1.200 DM pro Monat. 35,8% (Frauen: 30,9%) erhielten zwischen 1.200 und unter 1.800 DM (920 Euro), 20,3% (Frauen: 8,6%) erhielten 1.800 bis unter 2.400 DM (1.227 Euro) und nur 9,9%

(Frauen: 2,1%) erhielten ein monatliches Arbeitslosengeld von 2.400 DM (1.227 Euro) und mehr<sup>20)</sup>.

Die in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken im Verhältnis zu den Arbeitslosengeldempfänger/innen wesentlich größere Zahl von Arbeitslosenhilfeempfänger/innen – im Jahr 2000 waren dies durchschnittlich 21.879 – erhielt lediglich 1.043 DM (533 Euro) pro Monat. Da die Sozialversicherungsabgaben für Arbeitslosenhilfeempfänger/innen in den vergangenen Jahren durch Reduzierung der Bemessungsgrundlage, erheblich gesenkt wurden<sup>21)</sup>, lagen die Bruttoausgaben mit 1.576 DM (806 Euro) pro Monat »nur« um 51% über den Nettoausgaben. Beim Arbeitslosengeld waren die Bruttoausgaben um 70% höher als die Nettoausgaben.

Die Arbeitslosenhilfe in Höhe von 1.043 DM (533 Euro) netto pro Monat ist der Durchschnittswert in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken. Die Höhe der Arbeitslosenhilfe im Einzelfall kann davon erheblich abweichen. Im Dezember 2000 erhielten z.B. im Bundesgebiet West 806.011 Männer und Frauen Arbeitslosenhilfe. 70,7% davon erhielten pro Monat (30 Kalendertage) weniger als 1.200 DM netto (614 Euro). Von den 268.110 Arbeitslosenhilfeempfängerinnen im Bundesgebiet West erhielten sogar 86,2% weniger als 1.200 DM pro Monat. 25,4% (Frauen: 12,6%) erhielten zwischen 1.200 und unter 1.800 DM (920 Euro), 3,2% (Frauen: 1,1%) erhielten 1.800 bis unter 2.400 DM (1.227 Euro) und nur 0,6% (Frauen: 0,1%) erhielten eine monatliche

<sup>19)</sup> Ein kleiner Teil, etwa 2,2% dieser über 14.300 Arbeitslosen ohne Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe erhielt die sog. Eingliederungshilfe (die Arbeitslosenhilfe für Spätaussiedler/innen)

<sup>20)</sup> Bundesanstalt für Arbeit, Referat IIIa4 (inzwischen: IIIb4), Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nach Leistungshöhe und Geschlecht, in: Arbeitsmarkt in Zahlen (BA-Internet). Im Sozialhilfeteil wurde darauf hingewiesen dass Ende 2000 in der Stadt Bremen rechnerisch 20,2% und in der Stadt Bremerhaven 19,3% der Empfänger/innen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ergänzende Sozialhilfe erhielten. Angesichts der Höhe des Arbeitslosengeldes und, insbesondere, der Arbeitslosenhilfe (siehe unten) erscheint dies ein relativ geringer Anteil zu sein.

<sup>21)</sup> Die Kürzung der Rentenversicherungsbeiträge - Bemessungsgrundlage für die Beitragszahlung bei Bezug von Arbeitslosenhilfe ist seit dem 1. Januar 2000 nur noch die gezahlte Arbeitslosenhilfe - wirkt sich später auch auf die Höhe der späteren Rente von Arbeitslosenhilfebezieher/innen aus.



Arbeitslosenhilfe von 2.400 DM (1.227 Euro) und mehr<sup>22)</sup>.

Von den jahresdurchschnittlich 21.879 Arbeitslosenhilfeempfänger/innen erhielten 61,8% (13.527) den »allgemeinen Leistungssatz« gemäß § 195 i.V.m. § 129 SGB III (53%) und 38,2% (8.352) den »erhöhten Leistungssatz« gemäß § 195 i.V.m. § 129 SGB III (57%)<sup>23)</sup>. Das heißt, in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken hatten jahresdurchschnittlich 8.352 Arbeitslosenhilfeempfänger/innen bzw. deren (nicht dauernd getrennt lebende/r) Ehegatte/in mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes. Zusammen hatten damit 13.251 Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen bzw. deren (nicht dauernd getrennt lebende/r) Ehegatte/in mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes. Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger/innen an diesen 13.251 Leistungsempfänger/innen betrug demnach in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken 63,0%. Der Anteil der Arbeitslosenhilfeempfänger/innen an den Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen zusammen betrug in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken 57,2%. M.a.W., nur durchschnittlich 42,8% der Leistungsempfänger/innen hatte in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken im Jahr 2000 Anspruch auf das deutlich höhere beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld.

Zum Vergleich: In Baden-Württemberg waren von den 213.222 Empfänger/innen von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe ledig-

lich 37,5% Arbeitslosenhilfeempfänger/innen. Hier hatten noch durchschnittlich 62,5% der Leistungsempfänger/innen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Von den durchschnittlich 69.301 Arbeitslosengeld- und Arbeitslosenhilfeempfänger/innen in Baden-Württemberg, die, bzw. deren (nicht dauernd getrennt lebende/r) Ehegatte/in mindestens ein Kind im Sinne des § 32 Abs. 1, 3 bis 5 des Einkommensteuergesetzes hatten, waren 58,6% (40.635) Arbeitslosengeldempfänger/innen<sup>24)</sup>. Der entsprechende Anteil in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken betrug lediglich 37,0%. Der in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken im Verhältnis zu Baden-Württemberg extrem niedrige Anteil von Arbeitslosengeldempfänger/innen an den Leistungsempfänger/innen (42,8% zu 62,5%) bringt die negativen Auswirkungen langanhaltend hoher Arbeitslosigkeit wesentlich deutlicher zum Ausdruck als der relative Anteil Langzeitarbeitsloser. Mit 34,7% lag der Anteil Langzeitarbeitsloser an den registrierten Arbeitslosen in Baden-Württemberg im Jahr 2000 nur relativ geringfügig unter dem entsprechenden Anteil von 39,3% in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken.

In diesem Zusammenhang ist auffällig, daß in Baden-Württemberg die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger/innen im Jahr 2000 durchschnittlich um 18,2% unter der Zahl der Langzeitarbeitslosen lag, während es in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken 13,5% mehr Arbeitslosenhilfeempfänger/innen gezählt wurden als Langzeitarbeits-

lose. (mit steigender Tendenz: 2001 waren es bereits 19,6%) Hieraus könnte geschlossen werden, daß es in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken wegen der überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit mehr Arbeitslose gibt, die ihre Arbeitslosigkeit zwar vor bzw. auch nach Eintritt der Langzeitarbeitslosigkeit unterbrechen können (Arbeitsaufnahme, Teilnahme an Maßnahmen u.ä.), denen es aber nicht gelingt sich einen erneuten Anspruch auf Arbeitslosengeld zu erarbeiten. Sie sind dann nach kurzzeitiger Unterbrechung der Arbeitslosigkeit, einer Unterbrechung von mindestens 8 Kalendertagen, keine Langzeitarbeitslosen, bleiben aber abhängig von der wesentlich niedrigeren Arbeitslosenhilfe. Und noch zwei andere Kennzahlen aus den anliegenden Tabellen 16 und 17 zeigen die Auswirkung einer lang anhaltenden über durchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit auf die finanzielle Absicherung des Risikos der Arbeitslosigkeit: Während die »Arbeitslosengelddichte«, die Zahl der Arbeitslosengeldempfänger/innen pro 1.000 abhängige zivile Erwerbspersonen, in den beiden »bremischen« Arbeitsamtsbezirken im Jahr 2000 mit durchschnittlich 43 »lediglich« um 48% über der »Arbeitslosengelddichte« in Baden-Württemberg (29) lag, lag die »Arbeitslosenhilfedichte« (Arbeitslosenhilfeempfänger/innen pro 1.000 abhängige zivile Erwerbspersonen) in den »bremischen« Arbeitsamtsbezirken im Jahr 2000 mit durchschnittlich 58 um über 240% (!) über der »Arbeitslosenhilfedichte« in Baden Württemberg (17)<sup>26)</sup>.

<sup>22)</sup> vgl. Fußnote 3

<sup>23)</sup> Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 2000, in: ANBA-Sondernummer vom 27. Juli 2001; S. 161; eigene Berechnungen

<sup>24)</sup> Bundesanstalt für Arbeit, Arbeitsstatistik 2000, in: ANBA-Sondernummer vom 27. Juli 2001; S. 161; eigene Berechnungen

<sup>26)</sup> Es sei an dieser Stelle erwähnt, daß die "bremischen" Arbeitsamtsbezirke bei einem entsprechenden Vergleich mit Bayern noch ungünstiger abschneiden. In Bayern, mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil saisonaler Arbeitslosigkeit, ist ein noch größerer Teil der Arbeitslosigkeit durch das beitragsfinanzierte Arbeitslosengeld abgesichert.

Tabelle 1

**Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremen**

Alter	Bevölkerung am 31.12.2000				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2000*				HLU-Empfänger/innen pro 1.000 EW		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	34.065	17.494	16.571	48,6%	7.952	4.098	3.854	48,5%	233	234	233
7 – unter 11	19.933	10.332	9.601	48,2%	4.175	2.198	1.977	47,4%	209	213	206
11 – unter 15	20.148	10.236	9.912	49,2%	3.699	1.901	1.798	48,6%	184	186	181
15 – unter 18	14.388	7.286	7.102	49,4%	2.254	1.117	1.137	50,4%	157	153	160
18 – unter 21	16.871	8.347	8.524	50,5%	1.509	614	895	59,3%	89	74	105
21 – unter 25	24.497	11.924	12.573	51,3%	2.311	854	1.457	63,0%	94	72	116
25 – unter 50	201.080	102.657	98.423	48,9%	18.007	7.149	10.858	60,3%	90	70	110
50 – unter 60	70.228	35.039	35.189	50,1%	3.918	1.833	2.085	53,2%	56	52	59
60 – unter 65	39.438	19.238	20.200	51,2%	2.013	862	1.151	57,2%	51	45	57
65 und älter	98.755	36.557	62.198	63,0%	3.036	931	2.105	69,3%	31	25	34
<b>Zusammen</b>	<b>539.403</b>	<b>259.110</b>	<b>280.293</b>	<b>52,0%</b>	<b>48.874</b>	<b>21.557</b>	<b>27.317</b>	<b>55,9%</b>	<b>91</b>	<b>83</b>	<b>97</b>
nachrichtlich:											
18 – unter 65	352.114	177.205	174.909	49,7%	27.758	11.312	16.446	59,2%	79	64	94
Anteil in v.H.	65,3%	68,4%	62,4%		56,8%	52,5%	60,2%				

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht;  
Statistische Berichte K 1 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen



Tabelle 2

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremerhaven

Alter	Bevölkerung am 31.12.2000				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2000*				HLU-Empfänger/innen pro 1.000 EW		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	7.894	4.077	3.817	48,4%	1.765	921	844	47,8%	224	226	221
7 – unter 11	4.940	2.559	2.381	48,2%	1.045	555	490	46,9%	212	217	206
11 – unter 15	5.161	2.632	2.529	49,0%	1.097	576	521	47,5%	213	219	206
15 – unter 18	4.053	2.080	1.973	48,7%	770	392	378	49,1%	190	188	192
18 – unter 21	4.271	2.089	2.182	51,1%	598	250	348	58,2%	140	120	159
21 – unter 25	5.416	2.780	2.636	48,7%	793	310	483	60,9%	146	112	183
25 – unter 50	42.435	22.049	20.386	48,0%	5.044	2.003	3.041	60,3%	119	91	149
50 – unter 60	15.221	7.874	7.347	48,3%	1.094	471	623	56,9%	72	60	85
60 – unter 65	8.673	4.359	4.314	49,7%	575	234	341	59,3%	66	54	79
65 und älter	22.758	8.658	14.100	62,0%	786	211	575	73,2%	35	24	41
<b>Zusammen</b>	<b>120.822</b>	<b>59.157</b>	<b>61.665</b>	<b>51,0%</b>	<b>13.567</b>	<b>5.923</b>	<b>7.644</b>	<b>56,3%</b>	<b>112</b>	<b>100</b>	<b>124</b>
nachrichtlich:											
18 – unter 65	76.016	39.151	36.865	48,5%	8.104	3.268	4.836	59,7%	107	83	131
Anteil in v.H.	62,9%	66,2%	59,8%		59,7%	55,2%	63,3%				

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht; Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen

Tabelle 3

Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Alter	Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich
insgesamt	48.874	21.557	27.317	13.567	5.923	7.644
darunter						
18 – unter 65	27.758	11.312	16.446	8.104	3.268	4.836
prozentual	100%	100%	100%	100%	100%	100%
darunter						
arbeitslos gemel.	8.390	5.062	3.328	3.376	2.074	1.302
prozentual	30,2%	44,7%	20,2%	41,7%	63,5%	26,9%
davon						
mit SGB III-Leist.	4.805	2.899	1.906	1.415	955	460
prozentual	17,3%	25,6%	11,6%	17,5%	29,2%	9,5%
ohne SGB III-Leist.	3.585	2.163	1.422	1.961	1.119	842
prozentual	12,9%	19,1%	8,6%	24,2%	34,2%	17,4%

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht; Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen

Tabelle 4

Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1999  
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaveninsgesamt

Alter	Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich
insgesamt	51.444	22.706	28.738	14.088	6.099	7.989
darunter						
18 – unter 65	29.556	12.119	17.437	8.460	3.363	5.097
prozentual	100%	100%	100%	100%	100%	100%
darunter						
arbeitslos gemel.	11.373	6.997	4.376	3.544	2.201	1.343
prozentual	38,5%	57,7%	25,1%	41,9%	65,4%	26,3%
davon						
mit SGB III-Leist.	6.008	3.670	2.338	1.918	1.300	618
	20,3%	30,3%	13,4%	22,7%	38,7%	12,1%
ohne SGB III-Leist.	5.365	3.327	2.038	1.626	901	725
	18,2%	27,5%	11,7%	19,2%	26,8%	14,2%

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/99; eigene Berechnungen

Tabelle 5

Arbeitslos gemeldete Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Alter	Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich
insgesamt	48.874	21.557	27.317	13.567	5.923	7.644
darunter						
18 – unter 65	27.758	11.312	16.446	8.104	3.268	4.836
prozentual	100%	100%	100%	100%	100%	100%
darunter						
erwerbstätig	3.494	1.226	2.268	821	303	518
prozentual	12,6%	10,8%	13,8%	10,1%	9,3%	10,7%
davon						
vollzeit	1.128	622	506	296	173	123
prozentual	4,1%	5,5%	3,1%	3,7%	5,3%	2,5%
teilzeit	2.366	604	1.762	525	130	395
prozentual	8,5%	5,3%	10,7%	6,5%	4,0%	8,2%

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen

Tabelle 6

Erwerbstätige Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.1999  
Stadt Bremen und Stadt Bremerhaven

Alter	Stadt Bremen			Stadt Bremerhaven		
	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich
insgesamt	51.444	22.706	28.738	14.088	6.099	7.989
darunter						
18 – unter 65	29.556	12.119	17.437	8.460	3.363	5.097
prozentual	100%	100%	100%	100%	100%	100%
darunter						
erwerbstätig	3.777	1.282	2.495	740	247	493
prozentual	12,8%	10,6%	14,3%	8,7%	7,3%	9,7%
davon						
vollzeit	1.206	647	559	230	123	107
prozentual	4,1%	5,3%	3,2%	2,7%	3,7%	2,1%
teilzeit	2.571	635	1.936	510	124	386
	8,7%	5,2%	11,1%	6,0%	3,7%	7,6%

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/99; eigene Berechnungen

Tabelle 7

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremen

Alter	Bevölkerung am 31.12.2000				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2000*				HLU-Empfänger/innen pro 1.000 EW		
	insges.	deutsch	nichtdeu.		insges.	deutsch	nichtdeu.		insges.	deutsch	nichtdeu.
unter 7	34.065	27.819	6.246	18,3%	7.952	5.575	2.377	29,9%	233	200	381
7 – unter 11	19.933	16.426	3.507	17,6%	4.175	2.805	1.370	32,8%	209	171	391
11 – unter 15	20.148	16.736	3.412	16,9%	3.699	2.484	1.215	32,8%	184	148	356
15 - unter 18	14.388	11.768	2.620	18,2%	2.254	1.442	812	36,0%	157	123	310
18 – unter 21	16.871	13.898	2.973	17,6%	1.509	1.045	464	30,7%	89	75	156
21 – unter 25	24.497	19.328	5.169	21,1%	2.311	1.626	685	29,6%	94	84	133
25 – unter 50	201.080	171.255	29.825	14,8%	18.007	12.724	5.283	29,3%	90	74	177
50 – unter 60	70.228	63.114	7.114	10,1%	3.918	2.710	1.208	30,8%	56	43	170
60 – unter 65	39.438	37.122	2.316	5,9%	2.013	1.370	643	31,9%	51	37	278
65 und älter	98.755	95.466	3.289	3,3%	3.036	2.118	918	30,2%	31	22	279
<b>Zusammen</b>	<b>539.403</b>	<b>472.932</b>	<b>66.471</b>	<b>12,3%</b>	<b>48.874</b>	<b>33.899</b>	<b>14.975</b>	<b>30,6%</b>	<b>91</b>	<b>72</b>	<b>225</b>
nachrichtlich:											
18 – unter 65	352.114	304.717	47.397	13,5%	27.758	19.475	8.283	29,8%	79	64	175
Anteil in v.H.	65,3%	64,4%	71,3%		56,8%	57,5%	55,3%				

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht; Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen

Tabelle 8

Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen am 31.12.2000  
Stadt Bremerhaven

Alter	Bevölkerung am 31.12.2000				HLU-Empfänger/innen am 31.12.2000*				HLU-Empfänger/innen pro 1.000 EW		
	insges.	deutsch	nichtdeu.		insges.	deutsch	nichtdeu.		insges.	deutsch	nichtdeu.
unter 7	7.894	6.902	992	12,6%	1.765	1.583	182	10,3%	224	229	183
7 – unter 11	4.940	4.291	649	13,1%	1.045	900	145	13,9%	212	210	223
11 – unter 15	5.161	4.417	744	14,4%	1.097	981	116	10,6%	213	222	156
15 - unter 18	4.053	3.531	522	12,9%	770	674	96	12,5%	190	191	184
18 – unter 21	4.271	3.673	598	14,0%	598	524	74	12,4%	140	143	124
21 – unter 25	5.416	4.557	859	15,9%	793	701	92	11,6%	146	154	107
25 – unter 50	42.435	36.737	5.698	13,4%	5.044	4.382	662	13,1%	119	119	116
50 – unter 60	15.221	13.805	1.416	9,3%	1.094	943	151	13,8%	72	68	107
60 – unter 65	8.673	8.249	424	4,9%	575	493	82	14,3%	66	60	193
65 und älter	22.758	22.367	391	1,7%	786	711	75	9,5%	35	32	192
<b>Zusammen</b>	<b>120.822</b>	<b>108.529</b>	<b>12.293</b>	<b>10,2%</b>	<b>13.567</b>	<b>11.892</b>	<b>1.675</b>	<b>12,3%</b>	<b>112</b>	<b>110</b>	<b>136</b>
nachrichtlich:											
18 – unter 65	76.016	67.021	8.995	11,8%	8.104	7.043	1.061	13,1%	107	105	118
Anteil in v.H.	62,9%	61,8%	73,2%		59,7%	59,2%	63,3%				

\* Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.2000 nach Alter und Geschlecht; Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/00; eigene Berechnungen

Tabelle 9

Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Stadt Bremen

Alter	Bevölkerung am 31.12.1989				HLU-Empfänger/innen am 31.12.1999				Veränderung 1989 - 1999		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	33.156	16.837	16.319	49,2%	34.346	17.631	16.715	48,7%	3,6%	4,7%	2,4%
7 – unter 11	18.011	9.205	8.806	48,9%	20.279	10.427	9.852	48,6%	12,6%	13,3%	11,9%
11 – unter 15	17.943	9.170	8.773	48,9%	19.615	10.008	9.607	49,0%	9,3%	9,1%	9,5%
15 - unter 18	15.614	8.055	7.559	48,4%	14.690	7.393	7.297	49,7%	-5,9%	-8,2%	-3,5%
18 – unter 21	21.579	11.053	10.526	48,8%	16.488	8.262	8.226	49,9%	-23,6%	-25,3%	-21,9%
21 – unter 25	37.688	19.103	18.585	49,3%	24.181	11.852	12.329	51,0%	-35,8%	-38,0%	-33,7%
25 – unter 50	201.351	103.037	98.314	48,8%	203.237	103.876	99.361	48,9%	0,9%	0,8%	1,1%
50 – unter 60	73.290	36.098	37.192	50,7%	72.019	36.143	35.876	49,8%	-1,7%	0,1%	-3,5%
60 – unter 65	30.107	13.331	16.776	55,7%	38.363	18.435	19.928	51,9%	27,4%	38,3%	18,8%
65 und älter	95.588	32.154	63.434	66,4%	97.112	35.412	61.700	63,5%	1,6%	10,1%	-2,7%
<b>Zusammen</b>	<b>544.327</b>	<b>258.043</b>	<b>286.284</b>	<b>52,6%</b>	<b>540.330</b>	<b>259.439</b>	<b>280.891</b>	<b>52,0%</b>	<b>-0,7%</b>	<b>0,5%</b>	<b>-1,9%</b>
nachrichtlich:											
18 – unter 65	364.015	182.622	181.393	49,8%	354.288	178.568	175.720	49,6%	-2,7%	-2,2%	-3,1%
Anteil in v.H.	66,9%	70,8%	63,4%		65,6%	68,8%	62,6%				

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

Tabelle 10

Sozialhilfe am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen  
Stadt Bremen

Alter	Empfänger/innen am 31.12.1989				Empfänger/innen am 31.12.1999				Veränderung 1989 - 1999*		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	5.658	2.835	2.823	49,9%	8.461	4.316	4.145	49,0%	49,5%	52,2%	46,8%
7 - unter 11	3.536	1.807	1.729	48,9%	4.414	2.349	2.065	46,8%	24,8%	30,0%	19,4%
11 - unter 15	3.239	1.633	1.606	49,6%	3.787	1.944	1.843	48,7%	16,9%	19,0%	14,8%
15 - unter 18	2.415	1.270	1.145	47,4%	2.350	1.147	1.203	51,2%	-2,7%	-9,7%	5,1%
18 - unter 21	2.520	1.143	1.377	54,6%	1.580	633	947	59,9%	-37,3%	-44,6%	-31,2%
21 - unter 25	4.317	1.845	2.472	57,3%	2.474	889	1.585	64,1%	-42,7%	-51,8%	-35,9%
25 - unter 50	19.348	8.669	10.679	55,2%	19.423	7.818	11.605	59,7%	0,4%	-9,8%	8,7%
50 - unter 60	3.538	1.566	1.972	55,7%	4.127	1.950	2.177	52,8%	16,6%	24,5%	10,4%
60 - unter 65	1.083	400	683	63,1%	1.952	829	1.123	57,5%	80,2%	107,3%	64,4%
65 und älter	2.729	550	2.179	79,8%	2.876	831	2.045	71,1%	5,4%	51,1%	-6,1%
<b>Zusammen</b>	<b>48.383</b>	<b>21.718</b>	<b>26.665</b>	<b>55,1%</b>	<b>51.444</b>	<b>22.706</b>	<b>28.738</b>	<b>55,9%</b>	<b>6,3%</b>	<b>4,5%</b>	<b>7,8%</b>
nachrichtlich:											
18 - unter 65	30.806	13.623	17.183	55,8%	29.556	12.119	17.437	59,0%	-4,1%	-11,0%	1,5%
Anteil in v.H.	63,7%	62,7%	64,4%		57,5%	53,4%	60,7%				

\* wegen der Herauslösung der Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe mit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes  
zum 01. Januar 1994 sind die Vergleiche zwischen 1989 und 1999 nur eingeschränkt aussagefähig.

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/89 und j/99; eigene Berechnungen

Tabelle 10a

Sozialhilfe und Sozialhilfedichte  
Bevölkerung und Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von  
Einrichtungen Stadt Bremen

Alter	Einwohner/innen am 31.12.1999				Einwohner/innen HLU a.v.E am 31.12.1999*				Empfänger/innen pro 1.000 EW am 31.12.1999*		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	14.939	7.662	7.277	48,7%	3.829	1.947	1.882	49,2%	256	254	259
7 - unter 11	19.407	9.969	9.438	48,6%	4.632	2.369	2.263	48,9%	239	238	240
11 - unter 15	20.279	10.427	9.852	48,6%	4.414	2.349	2.065	46,8%	218	225	210
15 - unter 18	14.690	7.393	7.297	49,7%	2.350	1.147	1.203	51,2%	160	155	165
18 - unter 21	16.488	8.262	8.226	49,9%	1.580	633	947	59,9%	96	77	115
21 - unter 25	24.181	11.852	12.329	51,0%	2.474	889	1.585	64,1%	102	75	129
25 - unter 30	37.049	18.826	18.223	49,2%	3.988	1.465	2.523	63,3%	108	78	138
30 - unter 40	91.593	47.854	43.739	47,8%	9.562	3.696	5.866	61,3%	104	77	134
40 - unter 50	74.595	37.196	37.399	50,1%	5.873	2.657	3.216	54,8%	79	71	86
50 - unter 60	72.019	36.143	35.876	49,8%	4.127	1.950	2.177	52,8%	57	54	61
60 - unter 65	38.363	18.435	19.928	51,9%	1.952	829	1.123	57,5%	51	45	56
65 - unter 70	26.417	11.871	14.546	55,1%	1.076	421	655	60,9%	41	35	45
70 - unter 75	24.522	9.888	14.634	59,7%	753	232	521	69,2%	31	23	36
75 - unter 80	21.282	6.788	14.494	68,1%	480	109	371	77,3%	23	16	26
80 - unter 85	10.742	3.211	7.531	70,1%	246	34	212	86,2%	23	11	28
85 und älter	14.149	3.654	10.495	74,2%	321	35	286	89,1%	23	10	27
<b>Zusammen</b>	<b>540.330</b>	<b>259.439</b>	<b>280.891</b>	<b>52,0%</b>	<b>51.444</b>	<b>22.706</b>	<b>28.738</b>	<b>55,9%</b>	<b>95</b>	<b>88</b>	<b>102</b>

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 und Bevölkerung am 31.12. ...  
nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

Tabelle 11

Sozialhilfedichte am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von  
Einrichtungen pro 1.000 Einwohner/innen. Stadt Bremen

Alter	Empfänger/innen pro 1.000 EW am 31.12.1989			Empfänger/innen pro 1.000 EW am 31.12.1999			Veränderung 1989 - 1999*		
	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich	insges.	männlich	weiblich
unter 7	171	168	173	246	245	248	44,4%	45,4%	43,4%
7 – unter 11	196	196	196	218	225	210	10,9%	14,8%	6,8%
11 – unter 15	181	178	183	193	194	192	7,0%	9,1%	4,8%
15 - unter 18	155	158	151	160	155	165	3,4%	-1,6%	8,8%
18 – unter 21	117	103	131	96	77	115	-17,9%	-25,9%	-12,0%
21 – unter 25	115	97	133	102	75	129	-10,7%	-22,3%	-3,3%
25 – unter 50	96	84	109	96	75	117	-0,5%	-10,5%	7,5%
50 – unter 60	48	43	53	57	54	61	18,7%	24,4%	14,4%
60 – unter 65	36	30	41	51	45	56	41,5%	49,9%	38,4%
65 und älter	29	17	34	30	23	33	3,7%	37,2%	-3,5%
<b>Zusammen</b>	<b>89</b>	<b>84</b>	<b>93</b>	<b>95</b>	<b>88</b>	<b>102</b>	<b>7,1%</b>	<b>4,0%</b>	<b>9,8%</b>
nachrichtlich:									
18 - unter 65	85	75	95	83	68	99	-1,4%	-9,0%	4,8%

\* wegen der Herauslösung der Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe mit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes  
zum 01. Januar 1994 sind die Vergleiche zwischen 1989 und 1999 nur eingeschränkt aussagefähig.

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K 1 I 1 Teil 2 - j/89 und j/99 -;  
Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

Tabelle 12

Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Stadt Bremerhaven

Alter	Personen am 31.12.1989				Personen am 31.12.1999				Veränderung 1989 - 1999		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	8.516	4.377	4.139	48,6%	8.198	4.208	3.990	48,7%	-3,7%	-3,9%	-3,6%
7 – unter 11	4.791	2.420	2.371	49,5%	5.139	2.655	2.484	48,3%	7,3%	9,7%	4,8%
11 – unter 15	4.853	2.531	2.322	47,8%	5.218	2.705	2.513	48,2%	7,5%	6,9%	8,2%
15 - unter 18	4.108	2.040	2.068	50,3%	4.046	2.022	2.024	50,0%	-1,5%	-0,9%	-2,1%
18 – unter 21	5.628	2.935	2.693	47,9%	4.301	2.136	2.165	50,3%	-23,6%	-27,2%	-19,6%
21 – unter 25	9.190	4.900	4.290	46,7%	5.490	2.810	2.680	48,8%	-40,3%	-42,7%	-37,5%
25 – unter 50	45.390	23.738	21.652	47,7%	43.537	22.544	20.993	48,2%	-4,1%	-5,0%	-3,0%
50 – unter 60	16.437	8.236	8.201	49,9%	15.731	8.193	7.538	47,9%	-4,3%	-0,5%	-8,1%
60 – unter 65	7.485	3.311	4.174	55,8%	8.479	4.236	4.243	50,0%	13,3%	27,9%	1,7%
65 und älter	22.959	8.151	14.808	64,5%	22.596	8.482	14.114	62,5%	-1,6%	4,1%	-4,7%
<b>Zusammen</b>	<b>129.357</b>	<b>62.639</b>	<b>66.718</b>	<b>51,6%</b>	<b>122.735</b>	<b>59.991</b>	<b>62.744</b>	<b>51,1%</b>	<b>-5,1%</b>	<b>-4,2%</b>	<b>-6,0%</b>
nachrichtlich:											
18 - unter 65	84.130	43.120	41.010	48,7%	77.538	39.919	37.619	48,5%	-7,8%	-7,4%	-8,3%
Anteil in v.H.	65,0%	68,8%	61,5%		63,2%	66,5%	60,0%				

Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999 nach Altersjahren ...; eigene Berechnungen

Tabelle 13

Sozialhilfe am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen  
Stadt Bremerhaven

Alter	Empfänger/innen am 31.12.1989				Empfänger/innen am 31.12.1999				Veränderung 1989 - 1999*		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	1.070	538	532	49,7%	1.869	989	880	47,1%	74,7%	83,8%	65,4%
7 - unter 11	658	320	338	51,4%	1.064	559	505	47,5%	61,7%	74,7%	49,4%
11 - unter 15	662	355	307	46,4%	1.129	597	532	47,1%	70,5%	68,2%	73,3%
15 - unter 18	492	249	243	49,4%	786	400	386	49,1%	59,8%	60,6%	58,8%
18 - unter 21	321	118	203	63,2%	611	231	380	62,2%	90,3%	95,8%	87,2%
21 - unter 25	450	114	336	74,7%	844	331	513	60,8%	87,6%	190,4%	52,7%
25 - unter 50	2.335	669	1.666	71,3%	5.279	2.070	3.209	60,8%	126,1%	209,4%	92,6%
50 - unter 60	711	269	442	62,2%	1.175	509	666	56,7%	65,3%	89,2%	50,7%
60 - unter 65	298	85	213	71,5%	551	222	329	59,7%	84,9%	161,2%	54,5%
65 und älter	691	129	562	81,3%	780	191	589	75,5%	12,9%	48,1%	4,8%
<b>Zusammen</b>	<b>7.688</b>	<b>2.846</b>	<b>4.842</b>	<b>63,0%</b>	<b>14.088</b>	<b>6.099</b>	<b>7.989</b>	<b>56,7%</b>	<b>83,2%</b>	<b>114,3%</b>	<b>65,0%</b>
nachrichtlich:											
18 - unter 65	4.115	1.255	2.860	69,5%	8.460	3.363	5.097	60,2%	105,6%	168,0%	78,2%
Anteil in v.H.	53,5%	44,1%	59,1%		60,1%	55,1%	63,8%				

\* wegen der Herauslösung der Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe mit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes zum 01. Januar 1994 sind die Vergleiche zwischen 1989 und 1999 nur eingeschränkt aussagefähig.  
Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/89 und j/99; eigene Berechnungen

Tabelle 14

Sozialhilfedichte am 31.12.1989 und 31.12.1999  
Empfänger/innen laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) außerhalb von Einrichtungen pro 1.000 Einwohner/innen  
Stadt Bremerhaven

Alter	Empfänger/innen pro 1.000 EW am 31.12.1989				Empfänger/innen pro 1.000 EW am 31.12.1999				Veränderung 1989 - 1999*		
	insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich		insges.	männlich	weiblich
unter 7	126	123	129		228	235	221		81,4%	91,2%	71,6%
7 - unter 11	137	132	143		207	211	203		50,8%	59,2%	42,6%
11 - unter 15	136	140	132		216	221	212		58,6%	57,4%	60,1%
15 - unter 18	120	122	118		194	198	191		62,2%	62,1%	62,3%
18 - unter 21	57	40	75		142	108	176		149,1%	169,0%	132,8%
21 - unter 25	49	23	78		154	118	191		214,0%	406,3%	144,4%
25 - unter 50	51	28	77		121	92	153		135,7%	225,8%	98,7%
50 - unter 60	43	33	54		75	62	88		72,7%	90,2%	63,9%
60 - unter 65	40	26	51		65	52	78		63,2%	104,1%	51,9%
65 und älter	30	16	38		35	23	42		14,7%	42,3%	10,0%
<b>Zusammen</b>	<b>59</b>	<b>45</b>	<b>73</b>		<b>115</b>	<b>102</b>	<b>127</b>		<b>93,1%</b>	<b>123,8%</b>	<b>75,4%</b>
nachrichtlich:											
18 - unter 65	49	29	70		109	84	135		123,1%	189,5%	94,3%

\* wegen der Herauslösung der Asylbewerber/innen aus der Sozialhilfe mit Inkrafttreten des Asylbewerberleistungsgesetzes zum 01. Januar 1994 sind die Vergleiche zwischen 1989 und 1999 nur eingeschränkt aussagefähig.  
Quellen: Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte K I 1 Teil 2 - j/89 und j/99 -;

Bevölkerung am 31.12.1989 und 31.12.1999 nach Altersjahren ...: eigene Berechnungen

Tabelle 15

**Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe –  
Empfänger/innen und Ausgaben (Teil a)  
Bremische Arbeitsämter**

Bremen und Bremerhaven	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Arbeitslosengeld (Alg)</b>						
Alg-Empfänger/Innen	20.619	20.459	19.760	18.047	16.372	16.378
abhängige zivile Erwerbspersonen*	364.745	362.241	362.364	363.385	378.250	386.399
Alg-Empfänger/innen pro 1.000 abh.ziv.EP	57	56	55	50	43	42
Alg-Ausgaben (brutto; in 1.000 DM)	600.171	584.673	556.124	505.240	463.384	463.128
Ausgaben/Empf. (brutto; in DM/Jahr)	29.108	28.578	28.144	27.996	28.303	28.277
Anteil Netto-Ausgaben (Bundesdurchschnitt)	59,46%	56,73%	57,00%	58,29%	58,86%	59,36%
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Jahr)	17.307	16.212	16.042	16.319	16.659	16.785
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Monat)	1.442	1.351	1.337	1.360	1.388	1.399
<b>Arbeitslosenhilfe (Alhi)</b>						
Alhi-Empfänger/innen	19.509	22.776	23.144	22.888	21.879	21.445
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Monat)	1.442	1.351	1.337	1.360	1.388	1.399
Alhi-Empfänger/innen pro 1.000 abh.ziv.EP	53	63	64	63	58	55
Alhi-Ausgaben (brutto; in 1.000 DM)	456.839	507.452	502.960	501.610	413.778	386.786
Ausgaben/Empf. (in DM/Jahr)	23.417	22.280	21.732	21.916	18.912	18.036
Anteil Netto-Ausgaben (Bundesdurchschnitt)	55,47%	54,23%	54,98%	56,20%	66,18%	69,95%
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Jahr)	12.989	12.083	11.948	12.317	12.516	12.616
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Monat)	1.082	1.007	996	1.026	1.043	1.051

\* insbesondere die zweifache Revision der Beschäftigtenstatistik führte in 2000 und 2001 zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes (Referat IIIb4) und Abrechnungsergebnisse, in: ANBA lfd.; eigene Berechnungen

Tabelle 16

**Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe –  
Empfänger/innen und Ausgaben (Teil b)  
Bremische Arbeitsämter**

Bremen und Bremerhaven	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Alg plus Alhi</b>						
Empfänger/innen (Alg plus Alhi)	40.128	43.235	42.904	40.935	38.251	37.823
abhängige zivile Erwerbspersonen*	364.745	362.241	362.364	363.385	378.250	386.399
Alg- und Alhi-Empf.pro 1.000 abh.ziv.EP	110	119	118	113	101	98
Anteil Alhi-Empfänger/innen	48,6%	52,7%	53,9%	55,9%	57,2%	56,7%
Nachrichtlich:						
Arbeitslose (registriert)	52.764	55.912	55.376	52.404	49.068	47.685
Arbeitslosenquote (bez. auf abh.ziv.EP)	14,5%	15,4%	15,3%	14,4%	13,0%	12,3%
Langzeitarbeitslose	•	21.575	21.394	20.435	19.276	17.927
Langzeitarbeitslose (Anteil in v.H.)	•	38,6%	38,6%	39,0%	39,3%	37,6%
Alhi-Empf. im Verhältnis zu Langzeitarbeitsl.	•	105,6%	108,2%	112,0%	113,5%	119,6%

\* insbesondere die zweifache Revision der Beschäftigtenstatistik führte in 2000 und 2001 zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes (Referat IIIb4) und Abrechnungsergebnisse, in: ANBA lfd.; eigene Berechnungen



Tabelle 17

**Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe –  
Empfänger/innen und Ausgaben  
Baden-Württemberg**

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Arbeitslosengeld (Alg)</b>						
Alg-Empfänger/Innen	181.245	182.631	161.602	147.569	133.350	138.492
abhängige zivile Erwerbspersonen*	4.399.318	4.383.990	4.413.913	4.453.779	4.676.930	4.811.341
Alg-Empfänger/Innen pro 1.000 abh.ziv.EP	41	42	37	33	29	29
Alg-Ausgaben (brutto; in 1.000 DM)	5.457.890	5.354.878	4.458.320	4.088.971	3.766.253	3.902.453
Ausgaben/Empf. (brutto; in DM/Jahr)	30.113	29.321	27.588	27.709	28.243	28.178
Anteil Netto-Ausgaben (Bundesdurchschnitt)	59,46%	56,73%	57,00%	58,29%	58,86%	59,36%
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Jahr)	17.905	16.634	15.725	16.152	16.624	16.727
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Monat)	1.492	1.386	1.310	1.346	1.385	1.394
<b>Arbeitslosenhilfe (Alhi)</b>						
Alhi-Empfänger/Innen	82.158	98.822	102.354	95.192	79.872	72.957
abhängige zivile Erwerbspersonen*	4.399.318	4.383.990	4.413.913	4.453.779	4.676.930	4.811.341
Alhi-Empfänger/Innen pro 1.000 abh.ziv.EP	19	23	23	21	17	15
Alhi-Ausgaben (brutto; in 1.000 DM)	1.910.321	2.164.264	2.154.539	2.023.428	1.465.161	1.263.061
Ausgaben/Empf. (in DM/Jahr)	23.252	21.901	21.050	21.256	18.344	17.312
Anteil Netto-Ausgaben (Bundesdurchschnitt)	55,47%	54,23%	54,98%	56,20%	66,18%	69,95%
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Jahr)	12.898	11.877	11.573	11.946	12.140	12.110
Ausgaben/Empf. (netto; in DM/Monat)	1.075	990	964	996	1.012	1.009

\* insbesondere die zweifache Revision der Beschäftigtenstatistik führte in 2000 und 2001 zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes (Referat IIIb4) und Abrechnungsergebnisse, in: ANBA lfd.; eigene Berechnungen

Tabelle 18

**Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe –  
Empfänger/innen und Ausgaben  
Baden-Württemberg**

	1996	1997	1998	1999	2000	2001
<b>Alg plus Alhi</b>						
Empfänger/Innen (Alg plus Alhi)	263.403	281.453	263.956	242.761	213.222	211.449
abhängige zivile Erwerbspersonen*	4.399.318	4.383.990	4.413.913	4.453.779	4.676.930	4.811.341
Alg- und Alhi-Empf.pro 1.000 abh.ziv.EP	60	64	60	55	46	44
Anteil Alhi-Empfänger/Innen	31,2%	35,1%	38,8%	39,2%	37,5%	34,5%
Nachrichtlich:						
Arbeitslose (registriert)	8,0%	8,7%	8,0%	7,3%	6,0%	5,5%
Arbeitslosenquote (bez. auf abh.ziv.EP)	14,5%	15,4%	15,3%	14,4%	13,0%	12,3%
Langzeitarbeitslose	•	122.139	124.386	110.961	97.679	80.371
Langzeitarbeitslose (Anteil in v.H.)	•	32,0%	35,4%	34,2%	34,7%	30,4%
Alhi-Empf. im Verhältnis zu Langzeitarbeitsl.	•	80,9%	82,3%	85,8%	81,8%	90,8%

\* insbesondere die zweifache Revision der Beschäftigtenstatistik führte in 2000 und 2001 zu einem erheblichen Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Eckwerte über die Entwicklung des Arbeitsmarktes (Referat IIIb4) und Abrechnungsergebnisse, in: ANBA lfd.; eigene Berechnungen



## Wie fühlt sich Armut an?

Sind Sie arm? Wenige Mutige werden die Frage bejahen, manche sich ihrer tatsächlichen Lage nicht bewusst sein, die meisten werden es leugnen. Armut in Deutschland gilt angesichts des zunehmenden Elends in den Trikont-Ländern immer noch als nicht vergleichbar. Eine Differenzierung nach absoluter oder relativer Armut wird meist nicht vorgenommen – das hungernde und abgemagerte Kind aus Afrika als Symbolbild von Armut bleibt als Vergleich zu der eigenen Lebensweise in Erinnerung. Verglichen damit geht es uns doch gut, ein soziales Netz soll das Schlimmste auffangen.

Doch in den Einkaufspassagen finden sich, sofern noch nicht vertrieben, zunehmend Menschen, die zumindest in ärmlichen Verhältnissen leben müssen. Ihre Kleidung, ihre mobile Behausung, ihr ganzes Auftreten

lassen ahnen, dass sie durch das Netz gefallen sind, zum Teil sicher aus eigener Schuld, so die Ansicht der wegschauenden Mehrheit.

Und dann gibt es da ja noch die Nachbarn und Bekannten. Beim Einkaufen sieht man vielleicht, dass wenig und Billiges im Korb liegt. Sie verreisen selten, die Kinder gehen ungepflegt zur Schule und stören die Mittagsruhe. Hier scheinen schon ganze Familien durch das Netz zu fallen. Schließlich trifft es Freunde, Verwandte, wenn nicht gar einen selbst. Der Verlust der Arbeit, ein Schicksalsschlag wie Tod des Ehepartners oder Krankheit, eben eine Änderung im Umfeld und auf einmal ist alles in Frage gestellt. Wie kann ich das Haus und die Schulden abbezahlen? Wie die Ausbildung der Kinder finanzieren? Wie verschweige ich die drohende Armut?

## Das statistische Dilemma

Der Pfad zwischen gewohnter finanzieller Absicherung und Ungewissheit über die Zukunft wird enger und steiniger. Ob jemand heute überhaupt ein Einkommen hat, entscheidet sich zunehmend in den Chefetagen weltweit agierender Konzerne statt bei lokalen Arbeitgebern. Fleiß zahlt sich nicht mehr aus, das eigene Schicksal liegt offensichtlich in anderen Händen.

Trotzdem bleibt bei armen Menschen weitverbreitet das Gefühl, allein Schuld an ihrer Lebenslage zu sein. Um so schwieriger ist es, sie als reale Größe zu erkennen. Die Statistik ist da häufig nicht aussagefähig genug. Staatliche Stellen sind selten interessiert, ihre eigenen Schwächen darzustellen,

private Geldgeber haben bei Umfragen eher Vermarktung und Werbung im Sinne und die selbst armen Hilfsorganisationen verfügen über kein Budget, das eine verlässliche statistische Erhebung zulassen würde. Und wenn Zahlen über Einkommensverteilung oder Sozialhilfeempfänger vorliegen, bleibt der Anspruch an das Leben noch ausgeblendet. Bei der Beurteilung von Armut reicht es eben nicht aus, auf die zu schauen, die zu wenig Geld haben. Gefragt werden müsste auch, wofür das vorhandene Budget ausgegeben wird, was am Ende für die Befriedigung vielfältiger Bedürfnisse bleibt und was hinten an gestellt werden müsste.

## Kinder als Armutsrisiko

Kinder sind es, die heutzutage ganz erheblich den sozialen Standard einer Familie bestimmen und als das Armutsrisiko gelten. Auf Kinder ist die Werbung im Supermarkt und Fernsehen zugeschnitten, ihre so geweckten Bedürfnisse zu stillen ist modernes Mittel der Erziehung geworden, und schließlich sind Kinder ja auch noch die »Zukunft unseres Landes«. Sie sollen einmal in die Rentenkasse einzahlen, sollen uns im Alter stützen und vielleicht noch eine Familientradition fortsetzen. Sie sollen es besser haben und unsere hohen Erwartungen erfüllen. Erwartungen, die schließlich nicht zuletzt aufgrund der eigenen finanziellen Möglichkeiten doch täglich heruntergeschraubt werden müssen, denn Armut behindert die kindliche Entwicklung, Armut grenzt aus.

Jedes Gesellschaftsmitglied, ob arm oder reich, wird zunehmend von den Auswirkungen der Armut betroffen sein: Im Kindergarten, wenn das eigene Kind den Aggressionen

bestimmter Gleichaltriger ausgesetzt ist, in der Schule, wenn Armut den Unterrichtsverlauf verlangsamt und schließlich auf der Straße, wenn Kriminalität und Gewalt auch in die »behüteten« Wohngebiete einziehen.

Vor dem Thema Armut kann sich keiner drücken, ihre weiteren Auswirkungen niemand einschätzen, sich für die gerechtere Verteilung des Reichtums einsetzen kann aber jeder.

## Die Umwelt armer Kinder

Sehen wir uns die Bereiche an, von und in denen Kinder geprägt werden und in denen sie sich behaupten müssen. Es beginnt in der Familie bzw., um der hohen Zahl von Alleinerziehenden Rechnung zutragen, bei den Erziehungsberechtigten.

## Existenzsorgen bestimmen das Leben

Wenn Vater oder Mutter immer öfter schreien, sich streiten, kaum zu Hause sind oder sich dort gegenseitig im Weg stehen, wenn sie sich oft Sorgen machen und Grämen über den Arbeitsplatz, die Schulden, die Ehe oder über die Kinder, dann spürt der Nachwuchs ganz genau, dass etwas nicht stimmt. Die eigene Kindheit wird nicht mehr so sorgenfrei.

Und auch wenn die alleinerziehende Mutter sich viel Mühe gibt, ihre seltene freie Zeit für das Kind aufzubringen, dabei soziale Kontakte vernachlässigt, Hobbys aufgibt und die Stadt niemals verlässt, wenn die Mutter, um das Kind ernähren und ihm etwas bieten zu können, viel und auch ohne viel Lohn arbeitet, sich dabei mies fühlt, weil sie in dieser Zeit wieder das Kind weggeben muss, dann stößt

auch dieses Bemühen irgendwann an die Grenzen der psychischen Belastung der Mutter und an die Grenzen der gewünschten Erziehungserfolge.

Wer seinen Kindern etwas bieten will, muss viel arbeiten, ist daher selten und dann meist gestresst im Haus. Und auch wer keine Arbeit hat, sucht entweder zeitaufwendig danach oder kann ein angekratztes Selbstbewusstsein haben, so dass auch hier eine vernünftige Erziehung beeinträchtigt wird. Die als ausweglos erscheinende Armut führt häufig zu Resignation und zur völligen Aufgabe von Selbstachtung und Erziehung. Wo dauerhaft Arme nicht neu motiviert wurden, das »Schicksal« in die eigene Hand zu nehmen, droht die Gefahr der Verrohung und Vernachlässigung.

## Armut macht krank

An einem aggressiven, autoritären und inkonsequenten Erziehungsstil kann der Kinderarzt bereits ahnen, aus welchen Verhältnissen sein Patient stammt. Ein Kind, dessen Eltern im Behandlungsraum mit aggressiver Tonlage und unter Gewaltandrohung die Entkleidung fordern, reagiert verängstigt und erschwert die Untersuchung.

Misshandlungen wie Unterernährung, Brandverletzungen oder Schädeltrauma finden sich ständig in Bremer Kliniken. Ungeklärte Unfälle, bei denen die Diagnose des Arztes nicht mit den Angaben der Eltern, das Kind sei unglücklich gefallen, übereinstimmt, deuten ebenfalls auf einen rüden Erziehungsstil hin, dem arme Kinder häufig ausgesetzt sind.

Eltern aus armen Verhältnissen kümmern sich oftmals nicht ausreichend um ihre Sprösslinge, wissen die Mediziner in der Kinderklinik Dr. Hess über ihre jungen Patienten zu berichten. Das sind erst einmal ganz praktische Anlässe, beispielsweise bei der medizinischen Betreuung. Sichtbar für den Arzt sind Symptome, die bei entsprechender regelmäßiger Vergabe verschriebener Medikamente nicht auftauchen dürften. So ist die Wiederaufnahme von Patienten, die aufgrund einer Zuckerkrankheit regelmäßig Insulin erhalten müssten, in der Kinderklinik bei Kindern aus armen Familien zwei bis drei Mal höher als bei Kindern aus »besseren« Verhältnissen.

An den Kosten kann es hierbei nicht liegen, entsprechende Rezeptbefreiungen garantieren noch die medizinische Grundversorgung.

Die Annahme liegt nahe, dass sich nicht ausreichend um die Vergabe der Medikamente gekümmert wurde. Es kann nur die nackte Existenzangst sein, die Eltern dazu veranlassen könnte, sich nicht angemessen um ihren Nachwuchs zu kümmern.

Zwar sorgt das noch bestehende Gesundheitssystem in der Bundesrepublik dafür, dass klassische Armutskrankheiten wie Lepra leicht bekämpfbar sind, trotzdem bleiben Kinder aus armen Verhältnissen besonderen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt. Die betroffenen Kinder nehmen selten oder unregelmäßig an notwendigen Vorsorgeuntersuchungen teil. Die Impfungen gegen Masern sind nicht ausreichend und die Jodprophylaxe durch die Eltern nicht genügend.

Gefunden werden bei Armen häufig Infektionskrankheiten und chronische somatische Krankheiten, aber auch psychosoziale Auswirkungen. Schlafstörungen,

Konzentrationsschwächen, Angstzustände oder Rückzugstendenzen werden beobachtet. Dass es bei Kindern aus der Unterschicht eine höhere Krankheitsanfälligkeit gibt, ist unter anderem auf die Ernährung zurückzuführen. Zu viel einseitige Billigwaren, die bestenfalls den Bauch füllen, beinhalten zu wenig Vitamine und Ballaststoffe für die gesunde Entwicklung.

Kinder aus armen Familien haben drei Mal so schlechte Zähne wie ihre Altersgenossen aus der Mittel- und Oberschicht. Sie sind erhöhten Risiken ausgesetzt, da das Rauchen der Eltern, Schimmelpilzbefall in der Wohnung oder ungesünderes Heizen und Kochen mit Kohle oder Gas häufiger in diesen Familien anzutreffen ist.

mit einem Lächeln und dem »Pass bitte das nächste Mal auf«-Spruch erledigt ist, kann bei Familien mit mangelnden finanziellen Ressourcen katastrophale Auswirkungen haben. Der Neukauf von Kleidung ist erst zu einem späteren Zeitpunkt eingeplant, von der Anschaffung stabilerer Materialien ganz zu schweigen. So muss das Kind aus armen Verhältnissen energischer auf Sorgfalt hingewiesen werden, wodurch sich ein autoritärer Erziehungsstil einschleicht und das Kind in dem natürlichen Spieltrieb beeinträchtigt wird.

## Ein Leben in Armut ist gefährlich

Kinder aus unteren sozialen Schichten werden häufiger Opfer schwerer Unfälle. Arme Familien leben meist in Stadtteilen mit hohem Verkehrsaufkommen. Die Wohnung und darin befindliche elektrische Einrichtungen sind selten extra gesichert und oft in einem schlechten Zustand. Zudem fehlt vielerorts das notwendige Wissen und Bewusstsein zur Gefahrenprävention.

Partnerschaftsprobleme, Trennungen und andere psychischen Belastungen kommen bei armen Kindern vermehrt hinzu, so dass eine Genesung zusätzlich erschwert wird. Bei

Alleinerziehenden wird es zudem schwierig, das Kind während der Arbeit zu versorgen. So müssen Krankenhäuser immer öfter gesunde Brüder und Schwestern des eigentlichen Patienten mit aufnehmen um so das alleinerziehende Elternteil zu entlasten.

Aber auch überbesorgte Elternteile, die ihr Kind vielleicht trennungsbedingt nur einmal in der Woche sehen, zeigen durch unnötige Notarztbesuche ihre Besorgnis und manchmal mangelnde Kenntnis über das Kind. Kinder spielen und toben gerne, das weiß jedes Kind. Da geht auch schon mal eine Hose kaputt, wenn die Baumhütte gebaut wird, und beim Malen wird auch schon mal der Pullover bunt. Was in »normalen« Familien

Leckere Lebensmittel von der Bremer Tafel mit bitterem Beigeschmack



## Wenn Eltern nicht mehr weiter wissen

Wo sich die Eltern nicht lange mit ihren Kindern herumstreiten und sich das tägliche Gernerve ersparen wollen, wird das Gewährenlassen beliebte Methode gerade dort, wo durch Armut besonders der Zeitaufwand für die Erziehung vernachlässigt wird. Sicher gutgemeint wird versucht, die Wünsche der Kinder so gut es geht zu erfüllen. Da wird auch schon mal viel Geld für Spielzeug ausgegeben, dass dann doch schon nach wenigen Wochen herumliegt.

Doch die erforderlichen Grenzen verschwinden dabei. Wer seinen Kindern wenig bieten kann, ist oftmals um so großzügiger bei den relativ einfach zu erfüllenden Wünschen. Das Fernsehen hat sich so, nicht nur in armen Familien, als Erziehungshilfe etabliert. Arbeitslose Elternteile schauen vielleicht selbst viel in die Röhre, wer arbeitsbedingt selten zu Haus ist, hat meist gar keine Kontrolle über das Fernsehkonsumverhalten der Kinder.

Die Werbestrategen haben sich dem Sehverhalten immer jüngerer Zuschauer angepasst. Talkshows befassen sich pünktlich nach Schulschluss mit den Themen, die ein

Kind vielleicht zu einem späteren Zeitpunkt durch die Eltern liebevoll vermittelt bekommen sollte. Die dabei oft bloßstellende und rotzfremde Art wirkt sich auf das Verhalten der jungen Zuschauer aus. Die betroffene Generation wächst mit dummen und beleidigenden Sprüchen, anstößigen Handlungen und einer Respektlosigkeit gegenüber allen Formen von Autorität auf, die sich später bis zur Missachtung des Lebens anderer Menschen steigern kann. Abenteuer erleben arme Kinder meist auf dem Bildschirm statt auf dem Spielplatz.

Die betroffenen Eltern versuchen häufig, die eigene Armut durch Statussymbole zu kaschieren: Der neueste Breitbandfernseher mit Kino-Sound, DVD und Pay-TV, Handy oder Auto sollen zeigen, dass es einem gar nicht so schlecht geht. Gemeinsame Aktivitäten mit den Kindern, Urlaub oder Ausflüge, werden vernachlässigt, zumal sie finanziell gar nicht mehr leistbar sein können. Bei den Kindern verstärkt das Sich-Abwenden vieler Eltern den Drang, sich an anderen Idolen und Idealen zu orientieren.

Außenseiter gehänselt. Wer mit ökologisch giftfreiem Holzspielzeug gegen Gameboy, Play-Station und High-Tech-Puppen antritt, hat meist schon verloren. Zu zahlreich sind die Statussymbole, die im Freundeskreis angesagt sind. Um so mehr davon scheint präsentieren zu müssen, wer wenig Geld besitzt.

Beliebt sein und mit dazu gehören ist heutzutage alles. Je stärker die Globalisierung neue Wege, beispielsweise in der Kommunikation, ermöglicht, desto größer wird der Bereich, in dem sich Kinder und Jugendliche behaupten müssen. Wer sich heute nicht über Handy, SMS, Email und Internet austauschen kann, gehört schon nicht mehr dazu, wird bald als

## Modisch zählt

Wenn die Schuhe langsam drücken und der Pullover mit Dinosaurier-Aufdruck zu kurz und schon lange aus der Mode ist, dann spätestens wird deutlich, wer seine Armut verstecken kann und wer sie austragen muss.

Bei der Bekleidung gibt es die eine (bescheidene) Gruppe armer Menschen, die ganz besonders auf ein ordentliches Auftreten der Familie Wert legt. Lässt das die Einkommenssituation nicht zu, sind Beihilfen gefragt, die meistens nicht ausreichen. Dass Kinder ab zehn Jahren in die Höhe schießen, hat sich in den Bremer Amtsstuben noch nicht herumgesprochen. Die billigen und bereits getragenen Klamotten vom privaten Flohmarkt halten auch nicht lange und so ist die Bekleidungsfrage immer wieder ein Streitpunkt und Frustfaktor in vornehmlich armen Familien.

Wessen Kind mit »nur« stabiler Kleidung zufrieden ist, hat schon einen Vorteil. Dort aber, wo nicht nur die Eltern sondern auch die Kinder ihre Armut vertuschen wollen, scheint es um so wichtiger, durch modisches Auftreten normale Verhältnisse vorzugaukeln.

Markenprodukte sind also gefragt. Je teurer, desto zufriedener scheint das Kind kurzweilig zu sein, desto angesehen ist es auch im Freundeskreis. Wer seinen Kindern in diesem Sinne etwas Gutes tun will und den Wunsch

nach Markenprodukten unterstützt, muss sich selbst einschränken. Damit sich Junior über neue Turnschuhe freuen kann, werden Einsparungen bei Freizeitaktivitäten, Feiern und eigener Kleidung in Kauf genommen. Auch die Ernährung kann da schon mal drunter leiden. Der gelegentliche Besuch eines guten Restaurants ist für arme Kinder ohnehin eine ganz seltene Erfahrung.

Wer sein Kind so erziehen will, dass es nicht nach Statussymbolen giert, muss eigenes Selbstvertrauen mitbringen. Das Kind muss Selbstbewusstsein vermittelt bekommen und die Aussicht haben, nicht dauerhaft in Armut leben zu müssen.

Verschärft wird die Situation, wenn es trennungsbedingt Konkurrenz mit dem anderen Elternteil gibt, das dem Kind vielleicht materiell mehr bieten kann. Hier findet ein wahres Gebuhle um die Gunst der Schützlinge statt, das sicher lieb gemeint, letztendlich aber schädlich für die Entwicklung des so Umworbene ist. Auch das Einstellen auf einen neuen Lebenspartner des betreuenden Elternteils oder ein Wohnungswechsel aufgrund der heute in der Arbeitswelt erwarteten Mobilität und Flexibilität erschwert es armen Kindern, sich mit ihrer eh schon schwierigen Situation zurecht zu finden.

normalen Alltag. Kinder wollen beim Toben und Spielen auch mal ein Eis Essen, unerlaubt Cola genießen und Süßigkeiten naschen. Wer seinen Kindern dafür wenig oder unregelmäßig Taschengeld geben kann, hängt es von der Entwicklung mit Gleichaltrigen aus Nicht-Armen-Verhältnissen ab. Ob das in jedem Fall schlecht ist sei dahin gestellt, könnte doch auch eine »Kultur der Armen«, die nicht auf Statussymbole und

## Der liebe »Freundes«kreis

Wie bereits beschrieben ist es für Kinder schwer, ihre Armut vor den Freunden und Schulkameraden zu verstecken. Das betrifft nicht nur Zeigen von Statussymbolen und das Mitreden können über den Harry Potter Kinofilm oder neueste Spielkonsolen, sondern zeigt sich in vielen Kleinigkeiten im ganz

## Mit Schein gegen Sein

## Mobilität in engen Grenzen

Gemeinsam mit Freunden durch den Stadtteil streifen ist schön, doch wenn es zum Schwimmbad gehen soll, zum Kindertheater oder ins Kino, dann wird es besonders für arme Kinder in einer Stadt, in der zunehmend öffentliche Bereiche zentralisiert werden, schwieriger diese Ziele zu erreichen.

Markenartikel orientiert, gesellschaftlicher Fortschritt sein. Erst recht dann, wenn die übrige Gesellschaft ein Konsum- und Freizeitverhalten propagiert, dass eher dem Lebensstil der oberen Hälfte des sozialen Spektrums entspricht und damit an der Realität vorbeilebt. Doch an diesem »High Society-Stil« orientieren sich Kinder und Jugendliche, die von Haus aus nicht gelernt haben, mit ihrer Armut richtig und aufrichtig umzugehen.

Geburtstage werden in solchen Lebenslagen regelmäßig zu traurigen Anlässen. Wer sich kein Geschenk leisten kann, geht erst gar nicht zu der Feier seiner Freunde und sorgt so für die eigene Isolierung. Wer doch hingeht, erlebt nicht selten eine Riesengeburtstagsfeier, die im Kino oder bei Mc. Donald gefeiert wird. So werden für arme Kinder unerreichbare Maßstäbe gesetzt.

Im Gegensatz dazu fällt der eigene Ehrentag kleiner aus. Es gibt weniger Geschenke und bestenfalls eng begrenzte häusliche Aktivitäten. Schnell bemerken die Freunde, »das bei dem doch nichts los ist« und sie kommen nicht wieder. Eltern müssen sich da schon einiges einfallen lassen, um ihren Kindern trotzdem etwas bieten zu können, damit wenigstens die Kinder aus den armen

Familien zum Gratulieren kommen. Selbst ein Besuch im Bürgerpark würde manche schon vor logistische und transportbedingte finanzielle Probleme stellen.

Doch so weit kommt es meist auch gar nicht, denn die beengten Wohnverhältnisse armer Kinder untersagen häufig den Besuch vieler Freunde, die dann ja auch noch sehen würden, wie arm man wirklich ist. Da lässt es sich doch viel besser bei den Freunden spielen. Neidisch wird dort gesehen, dass ein eigenes Spielzimmer vorhanden ist, dass nicht mit Geschwistern geteilt werden muss. Neidisch blickt man dann auch auf das reichliche Spielzeug, auf die Tischtennisplatte oder gar auf die Mutter des besser gestellten Freundes, die dem Besuch vielleicht noch Gebäck und Limonade reicht.

Von vielen hohen Eintrittspreisen, die arme Kinder von den Aktivitäten ihrer Gleichaltrigen ausgrenzen, einmal abgesehen, sind diese Treffpunkte mit zusätzlichen Fahrtkosten verbunden.

## Bewegung und Sport – auch nicht ganz einfach

Die Bewegungsmöglichkeiten in Sport und Freizeit spielen eine ganz besondere Rolle in der Entwicklung des Kindes. Lassen sich hier doch Aggressionen abbauen und neue, für das Kind wichtige Erfahrungen sammeln. Gerade die häufige Monotonie in armen Familien, die selten Ausflüge, Museumsbesuche oder andere abwechslungsreiche Aktivitäten unternehmen können, beschränkt das Kind in der Lern- und Vorstellungsfähigkeit. Hier durch ein reichhaltiges Freizeitangebot Abhilfe leisten zu können wird schwieriger in einer Stadt, in der es immer weniger Sportangebote gibt, Schulsport hallen verkommen und Lehrkräfte fehlen.

Auch das Ausüben von Sport in Vereinen ist vielen armen Kindern nicht möglich. Die Schwierigkeiten beginnen bereits bei den Mitgliedsbeiträgen, gehen über die erforderliche Ausrüstung wie Tennisschläger, Skateboard oder Fußballschuhe und enden schließlich wieder bei den Fahrtkosten zu Sport- und Spielstätten.

Wer seine Kindheit Revue passieren lässt, erinnert sich sicher an seine Spielgeräte: Dreirad, Roller, Roll- und Schlittschuhe, Schlitten, Fuß- und Federball sind längst nicht selbstverständlich für arme Kinder. Auch die Sportbekleidung ist wieder ein wesentliches Merkmal, bei dem sich Armut erkennen oder kaschieren lässt. Wer in Strumpfhose und barfuss in der Turnhalle erscheint läuft Gefahr, von den anderen Kindern gehänselt zu werden, von ganz praktischen Fragen einer funktionalen und angemessenen Sportbekleidung einmal abgesehen.

Auch bei Radtouren, Rallyes und Erkundungsfahrten in andere Stadtteile sind arme Kinder benachteiligt. Das Fahrrad wird vom Sozialamt bestenfalls für den Schulweg gewährt. Wer nicht selbst eines kaufen kann, ist buchstäblich abgehängt von den Fortbewegungsmöglichkeiten der Gleichaltrigen und bleibt in der Gruppe der Armen und meist auch in ihrem verkehrsbelasteten Quartier gefangen.

## Gewaltiger Gruppenzwang

Wer es trotz der für Arme erheblichen Einschränkungen an der Teilhabe kindlicher Erlebniswelt schafft, einen Freundeskreis aufzubauen, wird bis zur Selbstaufopferung diesen halten und verteidigen wollen. Er wird mit zunehmenden Alter wichtiger und prägender als die genervten oder selten anwesenden Eltern. Die Gefahr wächst, dass arme Kinder besonders in ihrer Gruppe hervortreten wollen und sich hier die Bestätigung erhoffen, die zu Hause nicht erfolgt.

Bleibt die Bestätigung auch in der Gruppe aus, wird sie schon mal gewalttätig eingefordert. Die Belastung sich ihrer Armut schämender Kinder führt häufig zu einem besonders aggressiven Verhalten im Alltag. Wer zudem mit autoritärer Art und unter Schlägen aufgewachsen ist, neigt zu gleichem Verhalten gegenüber Schwächeren. Schnell werden die eigenen Aggressionen durch Prügeleien abgebaut. Der Schritt zum gezielten Raub und Überfall ist nicht weit. Unter Gewaltandrohung werden Jacken, Schuhe und andere Kleidungsstücke von Mitschülern erpresst, die der Dieb danach offen auf dem Schulgelände wie Trophäen trägt.



## Konflikte in der Schule

Es ist nachvollziehbar, dass die Kriminalität, die durch Armut einen nicht zwangsläufigen aber doch fast natürlichen Auftrieb erhält, vor dem Schulhof keinen Halt macht. Schülerbanden oder einzelne Problem-Schüler sind es heute, die zu Furcht und Verunsicherung ganzer Jahrgänge führen.

Das Butterflymesser ist längst zu einem Statussymbol geworden. Zwar kommt es noch nicht zu wilden Messerstechereien in den Schulen, doch Schüler müssen immer häufiger damit rechnen, dass sie bei einem Konflikt eine gefährliche Waffe vor sich haben und besser den Kürzeren ziehen. Schüler aus armen Verhältnissen provozieren

zudem häufiger Konflikte mit Mitschülern und Lehrern um so zu sehen, wie weit sie gehen können. Wer aufgrund seines Bildungsnachteils ohnehin schlechte Noten bekommt, muss sich schließlich gar nicht erst bei dem Lehrkörper einschleimen.

## Klassenkampf

Was Klassenkampf bedeutet, lernen Schüler in Bremen heute immer noch ab frühester Kindheit. Denn wenn die für den Unterricht benötigten Bücher ausgeteilt werden, beginnt die Klasse einen Kampf um die wenigen Exemplare, die noch nicht auseinandergefallen oder bis zur Unlesbarkeit beschmiert sind. Kurz: Die gesetzlich festgelegte Lernmittelfreiheit in Bremen ist das vergilbte Papier nicht wert, aus dem viele veralteten Schulbücher sind. Lehrer müssen immer öfter offen empfehlen, die Kinder sollten sich lieber ein neues Buch mit dem benötigten Lernstoff beschaffen. Die wenigen kostenlosen Bücher stammen aus den 70er Jahren und sind in Inhalt und Form hoffnungslos veraltet.

Wer es sich leisten kann, hat ein eigenes Buch, der Rest der Klasse muss meist mit Kopien ausgestattet werden. Für die Schüler

ist das normal. Auf die Lernmittelfreiheit pocht heute kaum noch jemand, viele wissen gar nicht davon. Von der Anschaffung programmierbarer Taschenrechner, Hefte und Stifte oder gar einer Schreibmaschine ganz zu schweigen. Wer seine Hausarbeit heute nicht in einer getippten Version abgibt, wird schon mal schräg angeguckt.

Eine unzureichende Schulausstattung kann allein für sich genommen schon eine ganze Schullaufbahn gefährden. Der Dauermangel schafft Gewöhnung und spaltet spätestens hier Arme und Reiche in Bildungsbenachteiligte und Bildungsbevorzugte.

## Private Investitionen erwartet

Wie teuer darf der Schulranzen sein? Muss es ein modernes Produkt sein, mit Reflektoren an der Seite, wasserdicht und mit kindgerechten Trageeigenschaften ausgestattet? Arme Eltern kennen die Diskussionen und Verhandlungen mit dem Sozialamt oder, wenn sie staatliche Stütze nicht beanspruchen wollen, in der Familie nur zu gut.

Das Geodreieck, der Tuschkasten und vieles mehr sind aber erst nur die Grundausstattung. Wer heute im Unterricht mitkommen will, braucht nicht nur gute Deutschkenntnisse, die besonders bei ausländischen armen Familien zu wenig gefördert werden, sondern auch den Zugang zu einem Computer. Selbst dort, wo der Lehrer auf herkömmliche Methoden der Didaktik zu-

rückgreift, ist der Schüler mit PC-Zugang im Bildungsvorteil. Wer aber auf Internet-Café, Bibliotheken oder Rechner bei Freunden ausweicht, findet längst nicht die Konzentration zur Bewältigung schulischer Aufgaben. Und auch in einer »vernetzten« aber immer noch armen Familie mit mehreren PC-Nutzern wird das Kind nicht das leisten können, was in der Schule an Eigeninitiative vielfach vorausgesetzt wird.

Investitionen sind ebenfalls erforderlich, wenn die Ferienzeit oder eine Klassenfahrt ansteht. Von der meist hohen Teilnahmegebühr, den Reisekosten oder ein Taschengeld einmal abgesehen, müssen Schlafsäcke, Zelte oder andere Ausstattungen organisiert, meist beantragt werden. Wer das, wie in den meisten Fällen, nicht genehmigt bekommt, verliert schon die halbe Urlaubsfreude bevor es richtig losgehen soll.

## Mit leerem Bauch in den Tag

Morgens mit knurrendem Magen oder gerade mal mit einem Schokoriegel im Bauch das Haus verlassen ist bei armen Kindern keine Seltenheit. Gespart wird bei armen Familien an allen Ecken und Enden, unter anderem bei der Nahrung. In Bremen versucht die Gesundheitskampagne »5 Mal am Tag Obst & Gemüse« in allen städtischen und kirchlichen Kindertagesheimen für einen bewussteren Umgang mit Nahrung zu sorgen. Besonders bei armen Familien findet sich wenig Obst, Gemüse und Vollkornbrot auf dem Speiseplan. Durch die Aktion im Kindertagesheim erhalten die Kleinen zum zweiten Frühstück oder zwischendurch etwas Obst oder

Rohkost. Jedes Mittagessen enthält Gemüse oder Salat und dreimal in der Woche gibt es Obst zum Nachtisch. Doch was im Hort klappt, scheitert mancherorts zu Hause. Nicht alle Eltern sind finanziell in der Lage oder haben die Einsicht, mehr gesunde Ware aufzutischen.

Da hilft auch nicht die Einsicht, dass die richtige Zubereitung von Grundnahrungsmitteln billiger ist. Wer der Erziehung wenig Zeit widmen kann, schickt das Kind eher zum Kiosk oder kauft Fertigprodukte. Der Zusammenhang von Armut, Sucht und Essstörungen erschwert zudem die optimale Versorgung des Kindes.

## Lehrer als Prügelknaben

Die schlechte Ernährung, die Scham über die eigene Armut oder ihr Kaschieren führt bei Kindern zu einer Blockierung der Lernfähigkeit und Hemmung von Denkvermögen sowie persönlicher Ausdrucksfähigkeit. Zusammen mit geringeren Fördermöglichkeiten im Elternhaus, mangelndem Selbstwertgefühl und anderen armutsbedingten Belastungen sind die Leistungen der Schüler meist nicht ausreichend, um im Schulsystem erfolgreich bestehen zu können. Einsparungen oder fehlende Angebote im Förderunterricht erschweren eine chancengleiche Bildung.

Lehrer bekommen die Auswirkungen von Sparmaßnahmen und Armut gleich mehrfach zu spüren. Durch Beschneiden des Schuletats können sie den Unterricht kaum lebendig gestalten um so für bessere Lernergebnisse zu sorgen, die ihnen von der

Politik abgefordert werden. Manch eine Lehrkraft finanziert aus der eigenen Geldbörse Unterrichtsmaterialien wie Zeichenblöcke oder Tuscharben, um den Kindern wenigstens etwas bieten zu können.

Wenn sie dennoch mit einigen Schülern nicht zurecht kommen, schimpfen nicht nur die Kinder, sondern auch noch die Eltern, die einen Teil der Erziehung auf die Schule abschieben wollen. »Lehrer sind in dieser Situation völlig überfordert, die Lehrerzimmer gleichen einer Selbsthilfegruppe, in der sich jeder beklagt, wer die miesesten Schüler hat«, so sieht es eine Sprecherin der Bremer GesamtschülerInnenvertretung (GSV). Da wundert es nicht, dass Lehrer schon mal wegsehen, wenn sich Schüler prügeln, auf dem Schulhof rauchen oder Waffen herumzeigen.

## Lösungen nicht in Sicht

Die politische Linie in Bremen scheint darauf hinaus zu laufen, die Kinderarmut dadurch vermindern zu wollen, dass Druck auf die Mütter ausgeübt wird, einer Beschäftigung nachzugehen. Würde es eine Betreuungsalternative geben, die auch die Kinder an Nachmittagen und in den Ferien beaufsichtigen könnte, wäre das ohnehin für viele Elternteile eine Möglichkeit, doch so wird es mehr Kinder geben, die nachmittags und abends auf der Straße hängen (bleiben). Da hilft es auch nicht, dass es in Bremen eine vergleichsweise gute ideelle Unterstützung durch Vereine, Organisationen, Kirchen und andere Einrichtungen in den Stadtteilen gibt. Auch hier wird durch Umstrukturierungen der öffentlichen Zuschüsse die Arbeit gefährdet. In einer Stadt wie Bremen trauen sich zwar gegenüber dem flachen Land notgedrungen mehr Menschen, sich zu ihrer Armut zu bekennen. Trotzdem kommt die Formierung einer Protest-Bewegung, die ihre Armut nicht hinnehmen will, aus dem Bremer Umland. In Oldenburg wurde eine entsprechende Kampagne angelegt. Hier sorgten Informationsbriefe an Lehrer und Politiker, Befragungen von Familien und andere öffentlichkeitswirksame Aktionen zu einer Enttabuisierung des Problems Armut. Politiker zeigten sich von der schwierigen Lebensweise armer Menschen so überrascht, dass nun zumindest gebrauchte Fahrräder gesammelt, aufgearbeitet und an Bedürftige verteilt werden.

Mit der Methode, kommunale Spielräume zu schaffen, wird zwar Armut nicht real bekämpft, doch eine Änderung des gesellschaftlichen Bewusstseins und ein Klima, das Armut von Kindern nicht mehr den Eltern als »Erziehungsdefizit« in die Schuhe schiebt, ist schon hilfreich für diese Menschen in ihrer schwierigen Lebenslage.